

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 7. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

---

Sitzungsdatum: 18. Februar 2009  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Felix Keller, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Christoph Morat  
Heinz Giger  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin  
Scharaf Helmy, Rechtsdienst  
Dr. Rita Jedelhauser

Gäste:

Entschuldigt: Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser  
Jürg Vogt, FDP-Fraktion  
Giulio Vögelin, SP/EVP-Fraktion

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 23  
18.10 Uhr 24  
18.45 Uhr 25  
18.53 Uhr 26

---

### Bereinigte Traktandenliste

- 1. Wahl eines Mitgliedes in die Gemeindeordnung- und Reglementscommission**  
anstelle des zurückgetretenen Simon Zimmermann, SVP-Fraktion,  
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012)  
Wahlvorschlag: René Imhof Geschäft 3817
- 2. Wahl eines Mitgliedes in die Gemeindeordnung- und Reglementscommission**  
anstelle des zurückgetretenen Josua M. Studer, SVP-Fraktion,

- 
- für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012)  
Wahlvorschlag: Joël Wartenweiler Geschäft 3818
3. **Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Gemeindeordnung- und Reglementscommission**  
anstelle von René Imhof, SVP-Fraktion,  
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012)  
Wahlvorschlag: Cedric Roos Geschäft 3825
4. Bericht des Gemeinderates vom 10.12.2008 betreffend  
**Volksinitiative für die Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3797/A
5. Bericht des Gemeinderates betreffend  
**Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014**  
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3821
6. Bericht des Gemeinderates vom 14.01.2009 betreffend  
**Mutation Teilzonenplan (TZP) „Dorfkern“, 1. Lesung**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3806
7. Postulat, FDP/Grünliberale-Fraktion, vom 15.10.2008 betreffend  
**Zusammenarbeit des Bevölkerungsschutzes  
Allschwil – Schönenbuch mit Binningen**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3805
8. Postulat von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 24.10.2008 betreffend  
**Veloverkehrssicherheit längs des Hegenheimermattwegs,  
insbesondere auf der Strecke zwischen Mittlerem Steg und Gartenbad**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3809
9. Postulat von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 24.10.2008 betreffend  
**Temporeduktion auf „generell 50km/h“ längs des Hegenheimermattwegs,  
auf der Strecke zwischen Mittlerem Steg/im Brühl und Gartenbad**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3810
10. Postulat von Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion, vom 24.10.2008, betreffend  
**Signalisation an der Kreuzung Spitzwaldstr. / Parkallee**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme und Abschreibung  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3811
11. Postulat von Siro Imber, FDP-Fraktion, vom 10.12.2008, betreffend  
**Rückbau Wasgenring Luzernerring Basel-Stadt;**  
FDP/Grünliberale vom 10.12.2008  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3816
12. Postulat von Josua M. Studer, SVP-Fraktion, vom 15.01.2009 betreffend  
**TV Auftritt der Gemeinde Allschwil;**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3824

Nach der Pause:  
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

**Für das Protokoll:**

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 7 vom 18. Februar 2009.**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Felix Keller

---

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Felix Keller**, Präsident: Ich begrüsse Sie zur Februarsitzung. Ich bin froh, dass alle gekommen sind, obwohl ich Sie letztes Mal „bis zur März-Sitzung“ verabschiedet hatte. Ganz speziell begrüssen möchte ich Herrn Benedikt Gnos als neuen, bzw. Wieder-Einwohnerrat. Er sitzt hier an Stelle von Herrn Andreas Bammatter... nein, Lucius Cueni, Entschuldigung! - Aber bist du nicht früher an diesem Platz gesessen? – Herzlichen willkommen wieder in dieser Runde. Speziell begrüssen möchte ich auch Frau Dr. Rita Jedelhauser. Sie sitzt zwischen Herrn Scharaf Helmy und Frau Sandra Steiner. Frau Dr. Jedelhauser ist Volontärin im Rechtsdienst und wird an der heutigen Einwohnerratssitzung teilnehmen.

Präsenz: siehe Protokolleingang

Ich habe eine **Mitteilung**, betreffend Traktandum 6, Geschäft 3806. Das Büro des Einwohnerrates hat beschlossen, dieses Geschäft direkt im Einwohnerrat zu beraten und es nicht vorgängig der VPK zur Vorberatung abzugeben. Ich hoffe, Sie sind hiermit einverstanden.

Wir kommen zu den neuen parlamentarischen Vorstössen. Ich habe zwei dringliche Interpellationen auf dem Tisch. Sie stammen beide von der CVP-Fraktion. Die erste betrifft die Kaphaltestellen in der Baslerstrasse. Ich nehme an, Sie haben alle das Papier bekommen. Frau Mathilde Oppliger, möchten Sie die Dringlichkeit begründen?

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Beim Ausbau der Baslerstrasse sind auch Kaphaltestellen geplant. Wie wir jetzt aus der Presse erfahren konnten, wurde die geplante Kaphaltestelle in Reinach gestrichen, nachdem die Beratungsstelle für Unfallverhütung die Situation nochmals angeschaut hatte. Auch in Allschwil haben die geplanten Kaphaltestellen schon zu Diskussionen geführt, sei es, dass sie zu Rückstaus führen im Verkehr, sei es wegen der Sicherheit. Bisher haben wir aber nichts weiter gehört, als dass diese Haltestellen geplant sein sollen. Wir möchten jetzt aber gern wissen, ob das für Allschwil auch nochmals neu überdacht und geplant wird. Denn das würde zu einer riesigen Verzögerung beim Ausbau führen und auch zu zusätzlichen Kosten. Und da diese Pläne zurzeit in Bearbeitung sind, möchte ich Sie bitten, den Vorstoss als dringlich anzusehen.

**Felix Keller**, Präsident: Für die Dringlichkeit braucht es eine 2/3-Mehrheit. Wir sind 35 Anwesende. Die 2/3-Mehrheit liegt bei 24.

**://:**

Der Dringlichkeit wird mit 32 Ja, bei 4 Nein, zugestimmt.

**Felix Keller**, Präsident: Die zweite dringliche Interpellation betrifft den Zubringer Allschwil. Auch hier bitte ich Frau Mathilde Oppliger, die Dringlichkeit zu begründen.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Auch bei der Interpellation Zubringer Allschwil ist es so: Der Zubringer Allschwil ist für unsere Gemeinde sehr wichtig. Er soll das Gebiet am Bachgraben sowie einen weiteren Teil von Allschwil vom Verkehr entlasten. Der Regierungsrat Basel-Stadt hat am 20. Januar 2009 den Richtplan Basel-Stadt verabschiedet. Und wie wir aus den Medien entnehmen konnten, wurde der Zubringer Allschwil sang- und klanglos aus dem Richtplan gestrichen. Dass die Gemeinde Allschwil diese für uns so wichtige Änderung im Richtplan von Basel-Stadt aus der Presse entnehmen musste, ist unserer Meinung nach ein Affront. So geht man mit guten Nachbarn nicht um. Darum sollte möglichst bald mit der Regierung von Basel-Stadt Kontakt aufgenommen werden, um das Vorgehen abzuklären. Darum möchte ich Sie bitten, dies ebenfalls als dringlich anzusehen.

**://:**

Das erforderliche 2/3-Mehr für die Dringlichkeit wird nicht erreicht: 23 Ja, 10 Nein, 3 Enthaltungen.

**Felix Keller**, Präsident: Wir kommen noch zu einem dringlichen Postulat, das ich auf dem Tisch habe: „Sicherung der politischen Kommunikation im Allschwiler Wochenblatt“, eingereicht von den Fraktionen von CVP, Grünen, SP/EVP und SVP. Ich bitte um Begründung der Dringlichkeit.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Wie Sie ja alle wissen, hatten wir ein Treffen mit dem AWB. Die kamen mit einem Grossaufgebot, einem Dreier-Gremium, daher. Wir lernten den Geschäftsführer und den Chefredaktor kennen und Frau Ludwig von der BaZ. Sie haben uns eindrücklich aufgezeigt, wie die finanzielle Situation und die Möglichkeiten des AWB aussehen. Wir haben Lösungen diskutiert, und wir waren der Meinung, dass wir das AWB auf Jahre hinaus sichern können. Und damit wir wissen, was alles möglich ist, möchten wir dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, das auszuloten, und zwar tun wir das alle miteinander, also alle Einwohnerratsfraktionen – exklusive FDP. Ursprünglich wollte die FDP mitmachen; im Nachhinein haben sie plötzlich Angst, es könnte Geld kosten. Wir haben nie gesagt, dass man mit einem Postulat Geld ausgibt, dass man also schon etwas beschliesst. Wir möchten einfach vom Gemeinderat hören, was er für Möglichkeiten sehen würde, um das AWB zu sichern, egal in welcher Form. Wie es dann herauskommt, das sehen wir dann, wenn wir den Bericht haben, und können dann darüber reden, ob wir Geld ausgeben oder nicht. Wir, die Fraktionen, die unterschrieben haben, bedauern, dass die FDP nicht mitmacht. Wir bitten um Zustimmung zur Dringlichkeit, damit wir das gleich über die Bühne bringen können.

**://**:

einstimmige Zustimmung

**Felix Keller**, Präsident: Wir werden die beiden Vorstösse nach der Pause behandeln. – Ich habe noch weitere Vorstösse. Das eine ist ein Postulat „Schulzentrum Wegmatten“ von Frau Susanne Studer. Möchten Sie eine Begründung abgeben?

**Susanne Studer**, SVP-Fraktion: Nein, das Postulat ist selbstredend.

**Felix Keller**, Präsident: Dann eine Interpellation der CVP-Fraktion bezüglich „Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse – Veranstaltungssaal: wie weiter?“

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Wir möchten das nicht weiter erläutern, es steht ja im Text.

**Felix Keller**, Präsident: Postulate der SVP, Herr Simon Zimmermann, betr. „Anschaffung von Defibrillatoren“. Möchten Sie es begründen?

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Begründen nicht, aber noch zwei, drei Ergänzungen, die Fragen aufgeworfen haben: Also es soll nicht heissen, dass die Gemeinde den öffentlichen Gebäuden und den Inhabern der grösseren Geschäfte diese Geräte finanzieren soll. Sondern die Gemeinde sollte einfach ein wenig federführend sein und das Ganze den Leuten schmackhaft machen. Das ist der Grund. Und wenn man eine Gesamtbestellung aufgeben könnte, könnte man vielleicht auch den Preis ein wenig senken.

**Ursula Pozivil**, FDP/GLP-Fraktion: Ich ziehe mein Postulat 3695 zurück, denn in der Zwischenzeit ist an der Binningerstrasse dieser Fussgängerstreifen markiert worden.

**://**: Das Postulat 3695 wird zurückgezogen.

g

**Felix Keller**, Präsident: Das waren die neuen Vorstösse. Wir kommen somit zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig verschickt wurde. Ich frage den Rat an, ob es Änderungsanträge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich stelle daher fest, dass wir nach der Traktandenliste verfahren können.

412 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 1**  
**Wahl eines Mitgliedes in die Gemeindeordnung- und Reglementscommission**  
**anstelle des zurückgetretenen Simon Zimmermann, SVP-Fraktion,**  
**für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012)**  
**Wahlvorschlag: René Imhof, Geschäft 3817**

---

**Felix Keller**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist auch nicht der Fall.

**://:**

René Imhof, SVP-Fraktion, ist in stiller Wahl als Mitglied der Gemeindeordnung- und Reglementscommission gewählt.

413 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**  
**Wahl eines Mitgliedes in die Gemeindeordnung- und Reglementscommission**  
**anstelle des zurückgetretenen Josua M. Studer, SVP-Fraktion,**  
**für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012)**  
**Wahlvorschlag: Joël Wartenweiler, Geschäft 3818**

---

**Felix Keller**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist auch nicht der Fall.

**://:**

Joël Wartenweiler, SVP-Fraktion, ist in stiller Wahl als Mitglied der Gemeindeordnung- und Reglementscommission gewählt.

414 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 3**  
**Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Gemeindeordnung- und**  
**Reglementscommission**  
**anstelle von René Imhof, SVP-Fraktion,**  
**für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012)**  
**Wahlvorschlag: Cedric Roos, Geschäft 3825**

---

**Felix Keller**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist auch nicht der Fall.

**://:**

Cedric Ross, SVP-Fraktion, ist in stiller Wahl als Ersatz-Mitglied der Gemeindeordnung- und Reglementscommission gewählt.

415 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 4**  
**Bericht des Gemeinderates vom 10.12.2008 betreffend**  
**Volksinitiative für die Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil**  
**Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3797/A**

---

**Armin Bieri**, Vizepräsident der Verkehrs- und Planungskommission (VPK): Ich möchte den Bericht, den Sie alle haben, kurz erläutern. Wir hatten zuerst einmal durch Herrn Helmy die Rechtsmittelbelehrung bekommen, da für uns alle viele Dinge relativ neu waren. Entscheidend war, dass die Initiative nicht formuliert war. Das heisst, dies gibt dem Gemeinderat einen relativ grossen Handlungsspielraum, was die Erfüllung der Initiative betrifft. Sie sehen nachher unter Abschnitt 4 die Sicht der Kommission. Wir haben die verschiedenen Varianten durchdiskutiert. Die Meinungen waren relativ deutlich gemacht. Sie sehen die verschiedenen Möglichkeiten, die es gibt.

Wird die Initiative heute Abend durch den Einwohnerrat gutgeheissen, so hat das zur Folge, dass es nicht zur Volksabstimmung kommt – gesetzt den Fall, es gibt kein Referendum – und dann hat der Gemeinderat das Projekt, das der Initiative entspricht, auszuarbeiten.

Möglichkeit 2: Der Einwohnerrat lehnt die Initiative ab. Dann kommt es zur Volksabstimmung. Würde in dieser Volksabstimmung die Initiative angenommen, so wären wir gleich weit, wie wenn der Einwohnerrat heute ja sagt: Der Gemeinderat arbeitet ein Projekt aus. Das wiederum muss der Einwohnerrat genehmigen, das wiederum ist referendumsfähig, und man kann es dann wieder annehmen oder ablehnen.

Möglichkeit 3: Der Einwohnerrat lehnt die Initiative ab, das Volk sagt nein – das wäre die kürzeste Variante, indem das Projekt dann gestorben ist für die nächsten paar Jahre.

Wir haben dann die zwei Varianten, die der Gemeinderat vorgeschlagen hat, kontrovers diskutiert. Sie sehen die Variante 1, die Fr. 102'000 kosten würde und Fr. 45'000 billiger ist als das Einwohnerratsgeschäft, das wir letztes Jahr behandelten. Wenn man es noch mit der Teuerung aufrechnet, dann kommt man auf eine Differenz von Fr. 55'000. Die Variante 1 würde auch das Begehren der Volksinitiative erfüllen. Wenn also die Variante 1 ausgeführt würde, dann wäre die Initiative erfüllt.

Die Variante 2 wäre erstens eine Light-Version vom Finanziellen her. Zweitens wäre es auch rechtlich etwas ganz Unterschiedliches, d.h. es wäre nämlich nicht die Einführung einer Tempo 30-Zone. Es wäre einfach eine verkehrsberuhigende Massnahme ohne irgendwelche rechtlichen Folgen.

Die Kommission war mehrheitlich dafür, dass die eingereichte Volksinitiative zur Abstimmung kommt. Sie sehen es unten in den Anträgen 5.1 und 5.2, wo sich die VPK mit einem Stimmenverhältnis von 4 : 3 dem Antrag des Gemeinderats anschliesst, die nicht formulierte Volksinitiative abzulehnen und – im 2. Antrag – dass die Volksinitiative vors Volk kommt. Da waren die Meinungen ziemlich klar gemacht. Eine knappe Mehrheit hat sich dem Gemeinderat angeschlossen. Es ist also nicht all zu schwer, da die Kräfteverhältnisse auszuloten.

Unter 5.3 kam dann noch ein Antrag, dass die VPK einen Gegenvorschlag unterbreiten würde in Form der Variante 2, dass also der Einwohnerrat einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative machen würde mit dem Inhalt der Variante 2. Wie Sie sehen, wurde dies mit 6 : 1 Stimmen abgelehnt. Dafür war nur der Initiator selbst.

Unter 5.4 haben wir dann noch eine Empfehlung: Wenn die Initiative nun angenommen werden sollte und dann auch vom Volk angenommen würde, dann soll die Variante 1 vollzogen werden. Dies wurde mit einem Stimmverhältnis von 5 : 2 beschlossen. Eine Minderheit war ganz gegen jede Tempo 30-Regelung und hätte sich allenfalls mit der Variante 2 einverstanden erklären können.

So kamen die Beschlüsse und Anträge der VPK zustande.

---

**Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Nachdem der Gemeinderat seinen Entscheid veröffentlicht hatte, wonach er die Initiative zur Ablehnung empfiehlt, löste dies zahlreiche Kommentare aus. Ich werde Ihnen im Folgenden erläutern, wieso dies keine Kehrtwende ist, sondern die logische Konsequenz. Ich werde Ihnen das aufzeigen einerseits anhand dessen, was effektiv hinter diesem Tempo 30-Begehren steckt, und zweitens anhand der Geschichte dieses Vorstosses.

Was steckt hinter dem Begehren Tempo 30-Zone? Es gibt gute Gründe, wieso man Temporeduktionen in Quartierstrassen anstrebt. Dazu bitte ich um Folie 1. Tempo reduzieren heisst a) Bremswege verkleinern; falls einmal jemand unbedacht auf die Strasse springt, und gerade auf Quartierstrassen können wir es ja auch mit unerfahrenen Verkehrsteilnehmern zu tun haben, oder mit solchen, auf die man nicht einmal den Begriff „unerfahren“ anwenden kann, sondern die schlicht einfach keine Ahnung haben, worauf sie sich einlassen. Damit meine ich Kleinkinder. Je schneller man anhalten kann, desto eher kann man einen Unfall vermeiden. Und wenn es dann zu einem Unfall kommt – das sehen Sie jetzt auf der 2. Grafik – dann gibt es einen sehr direkten Zusammenhang zwischen Geschwindigkeit und den Folgen. Konkret zeigt diese Grafik, zu welchem Prozentsatz ein Unfall tödlich sein kann bei ungebremst 50 km/h: 70 % der Unfälle mit Fussgängern enden da tödlich. War die Geschwindigkeit 30 km/h, oder konnte man bereits bremsen und von 50 auf 30 km/h reduzieren, dann reden wir nur noch von 10 %. Ist man 30 km/h gefahren, und konnte man bereits die Bremsung einleiten und fuhr dann nur noch 10 km/h, dann sind wir noch etwa bei 1 %. Also: Das Geschwindigkeitsniveau zu senken, bedeutet, Unfälle zu verhindern.

Nun aber kann man Tempo auf verschiedene Art und Weise reduzieren. Eine Möglichkeit ist das, was das Initiativkomitee hier vorschlägt, das heisst man erlässt ein Geschwindigkeitslimit von Tempo 30, sprich man spricht ein Verbot aus, schneller zu fahren. Und wenn das als solches keine Wirkung zeigt, schickt man noch die Gemeindepolizei hinterher, und die macht Messungen, und dann geht es ans Portemonnaie mit entsprechenden Ordnungsbussen. Das ist nur eine Variante.

Eine andere Variante ist, an neuralgischen Punkten Schwellen zu montieren oder Aufpflasterungen zu machen. Damit errichtet man ein Hindernis, welches es erschwert, schnell darüber zu fahren. Man kann das immer noch, wenn man unbedingt will; es gibt dann einen kleinen Ruck, das fördert dann hoffentlich ein wenig das Denkvermögen. Vielleicht geht es aber auch einfach um den Hinweis. Wenn man die Schwelle sieht, denkt man: Ups, offenbar will man, dass hier etwas langsamer gefahren wird – und man tut es dann auch. Von daher: Schwellen als optischer Hinweis, der einen daran erinnert, dass man langsamer fahren sollte.

Eine weitere Variante, Sie kennen sie auch, ist das versetzte Parkieren. Damit verhindert man, dass eine lange gerade Strasse zur Rennstrecke wird. Und eine ganz andere Variante sind Informationskampagnen. Ich erinnere da an das Signet, das es jeweils zu Schulbeginn gibt – jetzt bitte Folie 2 – das sicher Erinnerung auslöst. Immer Mitte/Ende Schulferien werden diese Plakate wieder aufgehängt, die einen daran erinnern: Achtung, jetzt kommen wieder junge Mitbewohner, die neu auf den Schulweg gehen, denkt daran und fährt ein wenig vorsichtig. Also da geht es einfach drum, daran zu erinnern, dass man Vernunft walten lassen soll.

Und wenn ich jetzt schaue, was wir in Allschwil schon alles realisiert haben: Wir haben heute schon Schwellen vor Schulhauszugängen. Wir haben heute bereits das versetzte Parkieren in gewissen Strassen. Und wie gesagt, die Info-Kampagne jährlich zum Schuljahresanfang, die machen wir auch schon. Wir haben also bereits heute Massnahmen ergriffen, um die Leute dazu zu ermahnen und zu erinnern, dass sie mit der Geschwindigkeit ein wenig heruntergehen, wenn man in Quartierstrassen herumfährt.

Zum zweiten müssen wir die Geschichte betrachten, die dieses Tempo 30 hat. Der Gemeinderat hat damals, gestützt auf das Postulat Hanspeter Frey, die Vorlage gemacht und sie Ihnen im Juli 2007 vorgelegt. Davor war auch noch ein Zwischenbericht anlässlich der Spezialkommission Verkehr, die sich ja auch für Tempo 30 aussprach. Sie nahmen diesen Bericht zur Kenntnis und ermutigten den Gemeinderat weiterzumachen. Und von daher legte ihnen der Gemeinderat damals ein Tempo 30-Projekt vor. Es kam dann der Ordnungsantrag Wolf, der sagte, man sei nicht grundsätzlich gegen Tempo 30, jedoch müsse man auch an die Finanzlage denken. Und bei Kosten von 145'000 Franken müsse man da schon ein Fragezeichen machen, und man sagte daher: Nicht grundsätzlich nein – aber bitte jetzt erst einmal sistieren um zwei Jahre. Das wollte der Gemeinderat auch so machen, und er wäre auch nicht vor Ablauf von zwei Jahren wieder darauf zurückgekommen. Aber das Initiativkomitee war anderer Meinung und zwingt uns, das Thema heute neu zu behandeln.

---

Nun folgt der Gemeinderat im Grundsatz dem, was der Einwohnerrat zuletzt dazu gesagt hat: Bei der jetzigen Finanzlage müsse man sich das überlegen, und es stehe derzeit nicht zur Debatte. Wenn wir uns die Finanzlage anschauen, so hat sich die nicht verändert. Die zwei Jahre Sistierung sind noch nicht vorbei, und es gibt, wie vorhin ausgeführt, auch andere Varianten, wie man das Geschwindigkeitsniveau reduzieren kann. Dies ist nichts als konsequent. Nachdem der Einwohnerrat dem Gemeinderat gesagt hat: „Jetzt nicht“, kommen wir sicher nicht ein Jahr später und sagen: „Wir wollen jetzt doch.“ Von dem her ist es die klare Folgerung, dass der Gemeinderat Ihnen die Initiative jetzt zur Ablehnung empfiehlt. Er hat den Ordnungsantrag Wolf und die ganze Debatte, die damals stattfand, aber auch zum Anlass genommen, das Ganze nochmals zu überarbeiten. Und wie bereits vom Sprecher der VPK aufgeführt, haben wir ja zwei Varianten aufgezeigt. Variante 1, die auf S. 5 anfängt, betrifft die kostenoptimierte Vorlage für Tempo 30-Zonen, bei der wir, entgegen der Empfehlung des Städteplaners, auf Aufpflasterungen verzichten und stattdessen Schwellen vorsehen. Denn Schwellen haben die gleiche Wirkung bezüglich Temporeduktion. Da kann man nun sagen: gut, sieht nicht so toll aus, hat aber die gleiche Wirkung. Es wird da gerne noch ins Feld geführt, Schwellen seien lauter als Aufpflasterungen. Aus diesem Grund wurden auch Lärmmessungen gemacht. Da hat sich gezeigt, dass die Schwellen, die jetzt vorgesehen wären – die etwas weiter gezogenen, Marke 3M, die nicht vergleichbar sind mit denen, die jetzt montiert sind – genau gleich laut sind wie eine Aufpflasterung. Also, die Wirkung ist die gleiche, die Lärmemission ist die gleiche, der Unterschied liegt also in der Optik und im Preis. Mit dieser kostenoptimierten Vorlage, Variante 1, wäre also, falls Sie der Initiative zustimmen wollen, der Vorschlag, wie man die Kosten nochmals senken könnte. Wir reden da von 102'000 Franken, bereits aktualisiert auf die Teuerung gemäss heutigem Stand, gegenüber den rund 145'000, die es damals im Jahr 2007 waren.

Dann hat sich der Gemeinderat aber auch Gedanken gemacht: Was wäre, wenn man der Initiative nicht Folge leisten würde? Welche Möglichkeiten hätte man, wenn man nicht gerade gar nichts machen wollte? Daraus hat sich die Variante 2 entwickelt, die sie auf S. 7 der Vorlage finden. Dort arbeiten wir auch wieder auf Temporeduktionen hin, aber ohne dass wir Tempo 30-Zonen einführen, dies mit zwei Massnahmen: Einerseits immer dann, wenn Markierungsarbeiten nötig sind, um die bestehenden Parkfelder nachzumalen, kann man, statt die bisherigen Felder nachzumalen, bei dieser Gelegenheit gerade das versetzte Parkieren einführen. Damit würde man das versetzte Parkieren vermehrt als Mittel zur Geschwindigkeitsreduktion einsetzen, hätte aber praktisch keine Mehrkosten, weil es dann erfolgen würde, wenn die Arbeiten sowieso fällig sind. Es würde sich aber um eine schrittweise Einführung dieser Massnahme handeln. Das Zweite wäre, dass man punktuell Schwellen einsetzt, und zwar genau dort, wo sie der Verkehrsplaner auch gemäss der Tempo 30-Vorlage vorgesehen hätte. Man würde also die Standorte wie bei Variante 1 mit Schwellen ausrüsten und würde so zu einem deutlich niedrigeren Preis mittelfristig ebenfalls eine Temporeduktion erreichen.

Nun hat Ihnen der Gemeinderat diese beiden Varianten aufgezeigt. Aber es ist ganz klar so, dass er Ihnen keine dieser beiden Varianten empfiehlt. Der Gemeinderat spielt Ihnen den Ball zu. Wir haben die Auslegeordnung gemacht, wir haben verschiedene Varianten aufgezeigt. Der Gemeinderat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung, hat Ihnen aber die Möglichkeit gegeben, aus diesen Varianten etwas auszuwählen, falls Sie das möchten.

**Felix Keller**, Präsident: Zu diesem Geschäft gibt es keine Eintretensdebatte, denn das kann man nicht zurückweisen, sondern der Einwohnerrat muss das behandeln. Daher kommen wir direkt zur Detailberatung. Ich habe hier aber vorgängig noch einen schriftlichen Antrag der SVP-Fraktion auf dem Tisch.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, Sie haben es gerade gesagt, wir müssen auf dieses Geschäft eintreten, obwohl es im Reglement des Einwohnerrates heisst, bei jedem Geschäft gibt es eine Eintretensdebatte. Aber wir wurden aufgeklärt, dass dem so nicht ist. Es handelt sich um eine Initiative, die in der Sache behandelt werden muss. Deshalb ist das Eintreten Pflicht. Nur: Trotzdem kann man einen Antrag stellen auf Nichteintreten auf den VPK-Bericht. Denn der ist da Bestandteil dieses Geschäfts. Wir stellen also nicht das ganze Geschäft in Frage, sondern wir stellen Antrag auf Nichteintreten auf den VPK-Bericht. Ich will Ihnen das kurz erklären. Die VPK hat in ihrer Beratung beschlossen, dass der VPK-Bericht den Mitgliedern vom Präsidenten zugestellt wird, um ihn gegenzulesen und ihm zuzustimmen, ihn zu genehmigen. Eine Version haben wir zwar dann termingerecht wie abgemacht bekommen. Nur wurde daran sehr viel moniert, weil das Protokoll – das kein Wort-, sondern nur ein Beschlussprotokoll ist – ausführlicher war als der VPK-Bericht. Im VPK-Bericht fehlten wesentliche Teile, die in einen Bericht hineingehören. Wir von der VPK sind halt sehr, sehr verwöhnt von VPK-Berichten, weil der vorgängige Präsident, Herr Beretta, immer ganz tolle Berichte –

---

kurz, prägnant, aber alles beinhaltend – vorlegte, bei denen man in den wenigsten Fällen noch ein wenig korrigieren musste; aber inhaltlich hat es immer standgehalten. Deshalb wollten wir, dass dieser Bericht nochmals überarbeitet wird, und wir hatten alle erwartet – weil wir das ja abgemacht hatten – dass wir diesen Bericht noch würden lesen können, bevor er in den Versand geht. Das hat dann nicht stattgefunden. Ich habe nie Post bekommen. Die anderen Mitglieder auch nicht. Und wir Büromitglieder hatten dann eigentlich erwartet, dass wir an der Bürositzung zur Vorbereitung der heutigen Sitzung diesen Bericht erhalten. Aber wir mussten feststellen, dass der Bericht noch nicht vorlag. Herr Helmy musste beim VPK-Präsidenten Herrn Vogt nachfragen, wo der Bericht bleibe. Es sah danach aus, dass man einen Extra-Versand machen musste. Ich habe dann beantragt, wenn ein Extra-Versand stattfinden müsste, dass dann die Portokosten zu Lasten des VPK-Präsidenten gehen müssten. Denn er hatte ganz klar ein Datum, zu dem er den Bericht hätte abliefern müssen. Das hatte Herr Helmy ganz klar kommuniziert in der VPK-Sitzung. Und er wusste das und hatte zugestimmt. Nun ist es so, dass dieser Bericht, ohne dass wir ihn lesen und noch etwas dazu sagen konnten, in den Versand ging. Der Bericht ist immer noch nicht zufriedenstellend. Deshalb beantrage ich, dass wir auf diesen Bericht nicht eintreten, d.h. die Anträge der VPK werden nicht behandelt. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Siro Imber**, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe zwei Fragen: Würde ein anderer Bericht, also wenn wir da mehr oder weniger wüssten, etwas an der politischen Ausgangslage ändern? Und zweitens, habt ihr das zuvor in der VPK oder mit dem Präsidenten diskutiert? Denn ich glaube, es sind jetzt alle genau so vor den Kopf gestossen wie ich. Habt ihr das diskutiert, dass das jetzt hier hereinkommt, oder ist das zum ersten Mal ein Thema?

**Andreas Bitterli**, SP/EVP-Fraktion: Ich bin auch Mitglied der VPK und möchte Stellung nehmen. Was Josua Studer zum Ablauf sagte, ist richtig. Es war so, wir erhielten eine erste Fassung. Sie war nicht zufriedenstellend. Sie war effektiv so kurz, dass man sie wahrscheinlich nicht hätte bringen können. Es kam dann eine zweite Fassung, wobei die nicht über den Präsidenten kam, sondern so, wie wir alle sie bekommen haben. Für mich muss ich sagen, die zweite Fassung ist für mich eigentlich in Ordnung. Sie widerspiegelt das, was wir diskutierten. Klar, wir haben viel mehr diskutiert, es war heftig. Es ist immer noch ein relativ kurzes Protokoll, das ist so. Aber von den Aussagen her, die getätigt wurden, und von den Anträgen her würde ich dem zustimmen.

**Felix Keller**, Präsident: Wir stimmen über den Antrag der SVP ab.

**://:**

Der Antrag der SVP auf Nichteintreten auf den VPK-Bericht wird mit 20 Nein bei 12 Ja abgelehnt.

**Felix Keller**, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Der Bericht des Gemeinderats vom 10. Dezember 2008 und auch die heutigen Ausführungen von Herrn Gemeinderat Pfaff halten bereits fest, dass wir ja vor einem Jahr beschlossen haben, das ganze Geschäft Tempo 30 um zwei Jahre zu sistieren – aus Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeinde Allschwil, und nicht etwa, weil wir grundsätzlich dagegen wären. Herr Pfaff hat bereits ausgeführt, dass die zwei Jahre noch nicht abgelaufen sind. Es ist erst ein Jahr vergangen, und leider hat sich die finanzielle Situation der Gemeinde Allschwil nicht wesentlich verändert, zumindest einmal nicht verbessert. Darum stelle ich, bzw. stellt die CVP-Fraktion Ihnen den Antrag, die Initiative abzulehnen.

**Felix Keller**, Präsident: Ich muss noch anmerken: Es liegt auch noch ein Antrag der Grünen vor. Den dürfen Sie auch noch begründen. Aber er ist ja nicht so vordringlich. Wir sind jetzt bei der Detailberatung.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Von Seiten SVP möchte ich mich kurz zu dieser Initiative, zu dem vorliegenden Geschäft äussern. Die Meinungen zum Thema sind ja gemacht von allen Parteien. Wir haben es ja auch in der VPK eingehend diskutiert, und vorgängig konnten sich die Fraktionen gegenüber den VPK-Mitgliedern äussern, was sie in die Kommission einbringen sollen, damit wir heute einen speditiven Ablauf dieses Geschäfts haben. Wir sind der Meinung, dass wir nicht mehr über Sinn oder Unsinn, und über Wie und Wo Tempo 30, und überhaupt und was auch immer diskutieren sollten. Wir

sollten uns heute auf die Sache konzentrieren: Sagen wir ja zu dieser Initiative, oder sagen wir nein. Was machen wir, wenn wir hier drin ja sagen? Wenn wir ja sagen, sollten wir es dem Volk vorlegen. Grundsätzlich sind meines Wissens sämtliche Fraktionen der Meinung, dass das Volk sich zu Tempo 30 äussern soll. Das gibt es ja in verschiedenen Varianten, wie es uns Armin Bieri aufgezeigt hat. Nur eine hat er vergessen zu nennen. Das ist: Wenn wir hier drin zustimmen, können wir das Behördenreferendum ergreifen – und somit kommt es auch zu einer Abstimmung. Und somit ist es aus der Sicht aller – vor allem auch der Initianten – fast logisch, dass sie zur Initiative ja sagen, aber dann dem Behördenreferendum ebenfalls zusprechen, damit wir es dem Volk übergeben können. Und das Volk soll dann sagen, ob es Tempo 30 will oder nicht. Wenn sie dem zustimmen, dann kommt es ja sowieso wieder in den Rat hinein, egal wie. Wir müssen wieder ein Geschäft behandeln. Es gibt einen kleinen Umweg. Aber dann hat das Volk zugestimmt. Warum soll das Volk seine Meinung dazu sagen? Sie haben zweimal kommunal nein gesagt zu Tempo 30. Es gab schon einmal eine Initiative, die das Volk verworfen hat. Es wurde auch einmal national nein gesagt in Allschwil zu Tempo 30. Und es wäre jetzt einfach nicht anständig, wenn man dem Volk nicht nochmals die Möglichkeit gäbe. Schliesslich haben ja diverse Menschen aus der Bevölkerung diese Initiative unterschrieben und uns somit einen Auftrag gegeben. Aber wir dürfen diesen Auftrag wieder zurückgeben und sagen: Bestätigt uns das. Und wenn sie dann ja zur Initiative sagen, kommt das Geschäft in den Einwohnerrat, und dann wäre es nicht mehr als anständig, wenn man dann den Entscheid, wie immer wir das Tempo 30 haben möchten, wieder dem Volk geben würden, damit es den Ja-Entscheid zur Initiative, falls er zustande kommen sollte, bestätigen könnte. Dann wüssten wir auch wirklich: Das Volk steht hinter diesem Tempo 30. Und würden nicht einfach etwas übers Knie abbrechen, nur damit wir es haben. Von unserer Seite ist ganz klar: Wir sind nach wie vor gegen Tempo 30. Wir waren auch vor einem Jahr, als das Geschäft behandelt wurde, nebst den Schweizer Demokraten die einzigen hier drin, die sich ganz klar gegen Tempo 30 äusserten und nicht einfach fadenscheinig das Finanzielle vorschoben. Wir hatten natürlich damals indirekt eine Freude, weil wir eine Chance sahen, das erst einmal zu sistieren, und sagten daher auch ja zum Antrag von Herrn Stephan Wolf. Aber wir sind nach wie vor komplett gegen Tempo 30, weil es absolut nicht notwendig ist, dies umzusetzen. Denn erstens einmal verlangen unsere Strassen das nicht. Und die Kosten, die trotz allem entstehen, können wir uns nicht leisten. Wir können andere Möglichkeiten verwirklichen, um die Geschwindigkeit zu reduzieren, dazu haben wir in der letzten Diskussion genug gesagt.

Ich bitte euch, konzentrieren wir uns auf die Frage „Initiative ja – nein“, und was machen wir, falls wir ja sagen: Legen wir es dem Volk vor? Ein Antrag auf Behördenreferendum liegt jedenfalls dem Einwohnerratsbüro bereits vor. Wir müssen dem dann nur noch zustimmen.

**Andreas Bitterli**, SP/EVP-Fraktion: Auch wir von der SP/EVP-Fraktion haben darüber diskutiert. Es ist nicht so, dass wir nun unbedingt vors Volk wollten. Das ist eine Variante, muss aber nicht sein. Wir sind im Grundsatz natürlich für die Initiative. Aber wir haben eigentlich ganz klar gesagt, wir sind inhaltlich für die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante 1. In dem Zusammenhang möchte ich auch dem Gemeinderat und der Verwaltung danken, dass sie da vorwärts gemacht und eine kostengünstige und technisch ausgereifte Variante vorgeschlagen haben. In diesem Zusammenhang konnte man die Kosten um etwa ein Drittel reduzieren. Von dem her sind wir davon ausgegangen, dass eigentlich – wenn noch sieht, dass die Ausführung frühestens im Jahr 2010/2011 kommt – beide „Bedingungen“, die letztes Mal gestellt wurden, erfüllt wären, nämlich dass es einerseits billiger werden muss und dass zweitens zwei Jahre ab 2008 verstrichen sein müssen. Von dem her möchten wir eigentlich unsere Ratskollegen in die Pflicht nehmen, die dazumal sagten, sie seien nicht grundsätzlich gegen Tempo 30, „aber...“. Und dieses „Aber“ hat sich aus unserer Sicht jetzt verändert, zwar nicht was die Finanzsituation der Gemeinde betrifft, aber was jetzt den Vorschlag gemäss Variante 1 angeht. Ich möchte auch nochmals in Erinnerung rufen: Wir reden jetzt von 102'000 Franken. Wir haben kürzlich, es ist noch nicht lange her, in diesem Gremium, ohne mit einer Wimper zu zucken, für ein paar Parkplätze 200'000 Franken bewilligt. Und da muss ich jetzt ehrlich sagen – das ist meine persönliche Meinung – ich finde es beschämend, dass man hier drin über dieses Thema diskutieren muss, wenn es einerseits um Menschenleben geht. Wir wissen ja alle, wie es im Verkehr zugeht draussen in diesen Quartierstrassen. Die Autos werden grösser, sie werden breiter. Mittlerweile ist es so, dass sie zum Teil nicht einmal mehr Platz haben in den Parkplätzen. Und wenn man dann in diesen engen Quartierstrassen ist, da kann man dann lang auf Eigenverantwortung pochen – leider findet das nicht statt. Das ist meine Erfahrung, wenn ich mit den Kindern unterwegs bin. Da kann ich nicht mit gutem Gewissen hinstehen und, wenn dann ein Unfall passiert, sagen: „Je nun, dann halt...“

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Gemeinderat Thomas Pfaff, du hast erzählt von „guten Gründen“. Ich habe gehört: Kleine Kinder können unüberlegt, weil sie nicht verkehrserfahren sind, auf die Strasse hinauspringen. Ich denke, Unüberlegtheit ist keine Altersfrage, keine Generationenfrage. Es

---

„menschelt“ auf dem Trottoir, und vor allem auf dem Trottoirrand. Neuralgische Punkte könne man mit Schwellen beruhigen. Schwellen vor einem Schulhaus: das sind genau zwei Schwellen für einen Fussgängerstreifen. Der Schulweg, der Kommissionenweg, der Weg zum Sport, zur Musik, zum Begegnen ist nicht ein Fussgängerstreifen. Es ist überall neuralgisch, wo es menschelt. Befürworter dieses Anliegens wohnen nicht an diesen Fussgängerstreifen. Sie wohnen überall im Quartier, neben mir, neben euch. Stephan Wolf, du sagtest vorhin wegen dieser zwei Jahre, es sei sistiert. Wenn ich die Vorlage des Gemeinderates und das Papier der VPK anschau, ist ja die Umsetzungsmöglichkeit im Jahr 2010/2011, schriftlich schwarz auf weiss, und zwar noch fett gedruckt. Es wird eh zwei Jahre dauern, oder sogar drei, von eurem Vorstoss bis zur möglichen Umsetzung und Vollendung. Von daher ist diese Zweijahresspanne gar kein Problem. Gesagt wurde auch, dass Schwellen die gleiche Wirkung hätten wie das Aufpflastern. Ich stelle mich gerne euch draussen an die Aufpflasterungen, wo die Schülerinnen und Schüler und die Anwohner die Strasse auf dem gleichen Niveau überqueren können, und ich stelle mich gerne auch im Steinbühlweg an die Schwellen. Auch ohne Brille sehe ich einen Unterschied beim rollenden Verkehr. Es ist nicht das Gleiche. Kurz und bündig, Thomas Pfaff: Du hast viele gute Gründe genannt für Tempo 30. Ich habe keine schlechten Gründe gehört.

**Siro Imber**, FDP/GLP-Fraktion: Ich rede jetzt nicht nur im Namen der FDP-Mitglieder der FDP/GLP-Fraktion, sondern nur im Namen der Mehrheit der FDP-Mitglieder in dieser Fraktion. Wer gegen den gesunden Menschenverstand verstösst und zu schnell fährt, der verstösst auch gegen Gesetze. Und der tut es, egal, ob 30, 50 oder 20 dort steht. Das Strassenverkehrsgesetz verbietet das unangepasste Fahren generell, egal, was es für eine Signalisation hat. Von Tempo 30 erhofft man sich ja vor allem zwei Sachen: erstens, Verstösse effizient und maschinell verfolgen zu können, und zweitens ist es ja auch ein wenig ein politisches Projekt. Wir wissen, dass sich schon heute die grosse Mehrheit vernünftig verhält und auch sehr angemessen fährt. Wer das nicht tut, der tut es, egal, welche Nummer da auf einem Signalisationsschild steht. Und, übrigens, wenn man keine Ordnungsbusse gibt, sondern das Ganze verfolgt wegen unangemessenen Fahrens, dann ist auch die Strafe viel höher als in einem normalen Ordnungsbussenverfahren. Jeder Franken, den wir für dieses politische Projekt schlussendlich ausgeben, ist ein Franken, mit dem wir Schulden machen. Und die FDP, die Mehrheit der FDP, möchte nicht für ein politisches Projekt zusätzliche Schulden machen. Den Gegenvorschlag lehnen wir ebenfalls mehrheitlich ab, da er unseres Erachtens rein praktisch die Verkehrssicherheit eher senkt als sie zu erhöhen.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion: Es wurde angesprochen, dass wir vor Kurzem 200'000 Franken gesprochen haben für Parkplätze. Das ist so. Aber diese Parkplätze können nur einmal gemacht werden, und zwar beim Umbau der Baslerstrasse; und wenn dieser Umbau gemacht ist, dann sind diese Parkplätze weg. Mit dem Umbau der Baslerstrasse kommen eben im Gesamten eine ganze Menge Parkplätze weg. Und in Dorfnähe hat es keine Parkplätze ausser denen beim Coop, und der Coop-Parkplatz ist nur offen, wenn auch der Laden offen ist. Wir haben immer gesagt, wir sind nicht explizit gegen Tempo 30, sondern wir wollten es zurückstellen. Jetzt ist es so, dass ihr Unterschriften gesammelt habt. Wir befürworten, dass die Sache vors Volk kommt, und dann soll das Volk doch sagen, was es will. Sie haben zweimal nein gesagt. Aber die Chance, dass sie dieses Mal ja sagen, ist ja relativ gross, da es in der Umgebung unserer Gemeinde ja eine Menge Tempo 30-Zonen hat. Also diesbezüglich müsst ihr ja gar keine grosse Angst haben. Wir sind dafür, dass das Volk das letzte Wort haben soll.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich möchte noch kurz etwa sagen zu den zwei Jahren, die Jean-Jacques Winter ansprach. Wir hatten damals ja beantragt, und das wurde vom Einwohnerrat auch so beschlossen, dass man die Sache für zwei Jahre sistiert und dann einmal schaut, wie die finanzielle Lage ist, und dann entscheidet. Was da jetzt aber vom Initiativkomitee vorgeschlagen wird, ist, dass man heute bereits entscheidet, also vor Ablauf dieser zwei Jahre, und einfach dann die Ausführung so weit hinauszieht, bis die zwei Jahre abgelaufen sind. Damit würden aber Äpfel mit Birnen verglichen, und ich meine, wir hätten ganz klar entschieden, dass vor Ablauf dieser zwei Jahre kein neuer Entscheid gefällt werden dürfe. Das ist der entscheidende Unterschied.

**Nedim Ulusoy**, Fraktion Grüne: Ich möchte etwas sagen zu dem Votum, man könne jetzt schon Bussen aussprechen, wenn jemand mit unangemessener Geschwindigkeit fährt. Das ist sicher richtig. Aber das Ziel ist es ja nicht, dass man eine Busse ausspricht, sondern dass man die Kinder schützt vor unangemessen fahrenden Autofahrern. Um das geht es eigentlich. Das sollte das Ziel sein, und da nützt es nichts, wenn Sie den Eltern der Kinder, die an- oder überfahren wurden, sagen: Wir haben jetzt

---

schon die Möglichkeit, die Leute zu büssen. Es sollte gar nicht erst zu einem Unfall kommen. Das ist eigentlich das Ziel. Darum stehen wir hier ein für Massnahmen zur Verkehrsberuhigung.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Als ich Thomas Pfaff zuhörte, dachte ich, entsprechend der Temposkala, die er vorlegte: Eigentlich zielt der gesunde Menschenverstand jetzt langsam aber sicher einfach in Richtung Tempo 30. Nicht wegen dem Tempo, das wir hier vorlegen, sondern logisch ist langsam, aber sicher, dass man es umsetzt. Das sage ich jetzt einfach relativ pragmatisch und trocken. Diejenigen, die sich hier im Rat am meisten stark machen gegen Tempo 30, haben selber keine Kinder. Wenn du irgendeinen Dreijährigen, zurückpfeifen musst, der nicht gehorcht und trotzdem davonrennt, dann wird's dir anders zumute, und du bist froh, wenn einer langsamer dahergefahren kommt. Das liegt jetzt auch schon bald wieder zehn Jahre zurück. Aber ich weiss noch, wie es ist. Und ich konnte in der Stadt Basel, ob ich nun dort wohnte oder hier, genug Erfahrungen machen mit dieser Tempobegrenzung. Sie hat mich auch genervt am Anfang, als plötzlich alle Stoppstrassen weggefallen waren – das finde ich nach wie vor Stumpfsinn – aber dass man als Automobilist immer wieder gemahnt ist: Fahr langsam! Dann tut man es auch. Mit freiwillig Tempo 30 fahren habe ich auch Erfahrung. Das probiere ich, aber es ist nicht ganz so einfach. Und da hilft es auch mir, eine Mahnung, respektive einen Auftrag zu haben vom Gesetzgeber. Ohne Tempo 30-Signalisation hat man keine Handhabe bei einer Tempokontrolle. Ich würde euch jetzt einfach einmal empfehlen, die Initiative sogar nicht vors Volk zu bringen – wenn man das will, kann man es machen. Wenn man immer Kosten sparen will, wäre das ein Ort, wo man es tun könnte. Es nähme mich einmal wunder, was es kostet, eine Initiative vors Volk zu bringen oder ein Behördenreferendum zu lancieren. Das ist auch ein Betrag, den wir uns wahrscheinlich schenken könnten, weil das Klima doch langsam für Tempo 30 spricht. Und wir 40 Nasen hier drin sollten, denke ich, fähig sein, fürs Volk zu entscheiden. Den Zonenplan konnten wir auch durchwinken, ohne noch extra abzustimmen.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Lieber Christoph Benz, ich möchte dir schnell sagen: Du sagtest, wir Gegner von Tempo 30 hätten keine Kinder. Wir haben ältere Leute in unserer Fraktion, die Kinder hatten, die heute erwachsen sind. Die wissen also, worum es geht. Wir haben in unserer Fraktion aber auch einen Familienvater, der jetzt ein kleines Kind hat. Wir haben weitere junge Männer, die eventuell Väter werden können. Und Simon Zimmermann habe ich noch vergessen, der hat drei Kinder, der war sogar in einem Gebiet wohnhaft, wo Tempo 30 kommen sollte, und er wohnt jetzt dort, wo ihr auch noch Tempo 30 wollt. Und jetzt komme ich zu mir. Ich und meine Frau haben zwar keine Kinder und werden auch nie Kinder haben. Aber wir haben eine ganz liebe Katze. Und diese Katze ist noch viel unberechenbarer als jedes Kleinkind und rennt draussen herum.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Auch wollte nicht unwidersprochen lassen, dass alle Gegner der Initiative keine Kinder hätten. Ich selber bin auch Vater eines fünfjährigen Mädchens.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Es ist vorhin die Äusserung gefallen, das sei „ein politisches Projekt“. Siro Imber, knapp 1000 Menschen haben dieses Mal unterschrieben, und zwar haben sie mir die Blätter aus der Hand gerissen. Und kamen auf mich zu: „Bitte gib mir einen Bogen mit.“ Und sie haben ihn dann eingeworfen. Es war ein Herzensanliegen dieser Menschen, ein Bedürfnis nach Sicherheit. Und ich denke: auch eine Frage der Qualität des persönlichen Lebensumfelds. Und das Komitee, das uns unterstützte, war nicht eine Seite. Es waren fünf Parteien und Gruppierungen dabei, die uns unterstützten. Ich verbitte mir, dass gesagt wird, das sei eine „politische Aktion“ oder ein „politisches Projekt“. Es ist ein Anliegen eines sicher grossen Teils der Bevölkerung von Allschwil, der gerne hier lebt, der gerne hier bleiben möchte, und der auch gerne mal möchte spontan vom Trottoir runtergehen können.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte einfach noch schnell richtig verstanden werde. Mit den Gegnern, von denen ich vorhin sprach, meinte ich dich, Josua Studer, und Siro Imber. Ist es richtig, dass ihr beide keine Kinder habt – nur der Sache halber? Die anderen haben sich ja nicht so kategorisch dagegen gewehrt, und die habe ich auch nicht gemeint. Damit das einfach klar ist. Ich wollte auch niemanden vor den Kopf stossen, sondern ich bin davon ausgegangen... Josua Studer, von dir wusste ich es, dass du keine Kinder hast. Wie dem auch sei: Jedenfalls habt ihr mir jetzt noch ein paar Gründe mehr für Tempo 30 geliefert. Dankeschön!

---

**Jérôme Mollat**, FDP/GLP-Fraktion: Die Gegnerschaft führt ja immer wieder das Kostenargument ins Feld. Und man muss zugeben, Tempo 30 wird wahrscheinlich nicht ganz günstig, wenn man es flächendeckend einführt. Aber: Es handelt sich dabei ja nicht einfach nur um eine einmalige Ausgabe, sondern es handelt sich um eine langfristige Investition, eine Investition in die Sicherheit, und auch eine Investition in eine verbesserte Wohnqualität unserer Gemeinde, die sich langfristig positiv auswirken wird. Und unter dem Aspekt, finde ich, sind die Kosten auf jeden Fall gerechtfertigt. Darum empfehle ich auch: Annahme dieser Initiative.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte meinem Vorredner herzlich danken. Ich kann da gerade einhaken, wo er geendet hat. Wir haben nachher ein sehr schönes Papier, das wir anschauen werden, ein Hochglanzpapier, wo etwas steht von der Wohnlichkeit von Allschwil. Wir haben sehr viele alte Menschen in Allschwil. Ich gehe an Krücken seit langer Zeit. Und ich bin immer sehr dankbar, wenn mich nicht jemand über den Haufen fährt und dann nur noch die Stöcke ganz bleiben. Wir haben anteilmässig immer mehr alte Leute. Es geht nicht nur um Kinder. Es geht um die Wohnlichkeit von Allschwil. Und das gehört alles in dieses schöne Paket. Die Attraktivität von Allschwil gewinnt auch, wenn wir an alle denken, die hier wohnen.

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: So wie man das jetzt mitgekriegt hat, habe ich einfach das Gefühl, diese Initiative sei nichts anderes als eine Zwängerei. Manchmal kommt mir das so vor, es sei einfach „nice to have“. Man hat es einfach, wie die Nachbargemeinden. Binningen zum Beispiel hat 30er- und 40er-Zonen. Dass man einfach mitmischen und Prestige haben will, dass man es einfach hat. Ob einer 30 fährt in dieser Zone, ist die zweite Frage. Also ich denke, da ist nicht viel Wirkung dabei. Das wäre einfach hinausgeworfenes Geld.

**Felix Keller**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich habe da noch den Antrag der Grünen Fraktion. Ihr solltet den noch begründen, bzw. erläutern.

**Nedim Ulusoy**, Fraktion Grüne: Wir haben seitens der Grünen Fraktion einen Sachantrag eingereicht, weil wir mit den Anträgen des Gemeinderates nicht ganz einverstanden sind. Ich möchte gerne die Anträge, die wir gestellt haben, begründen. Es wurde schon gesagt, die Situation ist Ihnen allen bekannt: Letztes Jahr hat man eine Vorlage zur Einführung von Tempo 30 für zwei Jahre auf Eis gelegt. Begründet wurde dies mit der Lage der Gemeindefinanzen. Mittlerweile ist ein Jahr vergangen, und wir hätten uns nächstes Jahr sowieso wieder mit dem Thema auseinandersetzen müssen, wenn nicht diese Initiative zuvorgekommen wäre. Dank dieser Initiative hat sich der Gemeinderat nochmals mit dem Thema auseinandergesetzt, und er hat Mittel und Wege gefunden, wie man Tempo 30 auch wesentlich billiger einführen könnte, nämlich um ein Drittel billiger. Man rechnet jetzt nur noch mit 100'000 Franken für die erste Etappe. Für diese Vorarbeit möchten wir dem Gemeinderat ebenfalls herzlich danken. Ein wenig überrascht sind wir aber, dass der Gemeinderat eine Ablehnung der Initiative empfiehlt. Dies besonders vor dem Hintergrund, dass in der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung, die wir ja noch anschauen werden, ausdrücklich erwähnt ist, dass man verkehrsberuhigende Massnahmen in den Quartierstrassen umsetzen möchte. Das ist für uns ein Widerspruch. Eine Volksabstimmung kostet auch Geld, Christoph Benz hat es schon gesagt. Wir haben bei der Gemeinde angefragt, wie viel das ungefähr ist – und erhielten die Auskunft, dass es bis zu 40'000 Franken seien. Das ist sehr viel Geld. Die Initiative ist auch offen formuliert. Das heisst, der Gemeinderat wird bei einer Annahme der Initiative – und davon gehen wir eigentlich stark aus – einen Vorschlag ausarbeiten. Der kommt nochmals in den Einwohnerrat. Man kann nochmals das Referendum ergreifen. Es gäbe nochmals eine Volksabstimmung. Dann verdoppelt sich der Betrag. Dann sind wir bei etwa 80'000 Franken, die wir allein für die Volksabstimmungen ausgegeben hätten. Wir sind der Meinung, diese Steuergelder kann man sinnvoller investieren. Zu diesen 80'000 Franken kämen noch unsere ganzen Aufwendungen seitens der Parteien für Poster, Plakate, dazu der zeitliche Aufwand – vor diesem Hintergrund wären wir nach zwei Jahren gleich weit wie heute. Wir hätten etwa 100'000 Franken ausgegeben, hätten aber noch nichts umgesetzt. Und wir wären nach wie vor gefährdet. Ältere Leute wären gefährdet, Kinder wären gefährdet, Behinderte wären gefährdet. Und da sind wir der Ansicht, diesen Weg könnte man abkürzen, um etwas Sinnvolles möglichst rasch einzuführen. Es wurde darauf hingewiesen, der Einwohnerrat hat die Möglichkeit, die Initiative gutzuheissen und die Volksabstimmung so zu umgehen. Diesen Schritt möchten wir Ihnen nahelegen. Und es geht von unserer Seite überhaupt nicht darum, dass wir einen demokratischen Prozess abkürzen oder abwürgen wollten, oder irgend so etwas. Im Gegenteil, es läuft alles demokratisch ab. Wir als Einwohnerrat sind ausdrücklich dafür da, dass wir die Interessen der Allschwiler Bevölkerung wahrnehmen. Wir sind auch paritätisch zusammengesetzt. Es ist also davon auszugehen, dass

---

Beschlüsse, die wir hier drin fällen, eigentlich den Vorstellungen und Wünschen der Bevölkerung entsprechen. Sonst wäre bei den Wahlen etwas schief gelaufen. Was wir bei unseren Recherchen noch festgestellt haben: Es besteht die Möglichkeit, dass auch Bundessubventionen ausgeschüttet werden für Tempo 30-Zonen. Das wurde in keinem dieser Berichte erwähnt. Es ist so, dass es Zuschüsse aus der Mineralölsteuer an solche Massnahmen gibt, die die Luftqualität verbessern sollen. Und Tempo 30 läuft ausdrücklich auch unter solchen Massnahmen zur Luftqualitätsverbesserung. Wenn wir also Glück haben, bekommen wir sogar noch einen Zuschuss aus der Bundeskasse, dann wären wir bei weniger als diesen 100'000 Franken, die hier postuliert sind.

Es wurde noch das Thema „Zwängerei“ angesprochen. Ich möchte in dem Zusammenhang an das Frauenstimmrecht erinnern. Das hat auch verschiedene Anläufe gebraucht. Manchmal braucht eine gute Idee einfach Zeit, bis sie reif ist. Wenn man dort nach dem ersten Mal aufgegeben hätte, dann wären hier drin nur Männer vertreten. Also, manchmal lohnt es sich, dass man hartnäckig bleibt.

Dann möchte ich noch auf ein paar Punkte zu Tempo 30 eingehen. Ich habe festgestellt, dass wir von jetzt an Thomas Pfaff an unsere Fraktionssitzungen einladen sollten, damit wir das besser koordinieren könnten. Diese Grafik haben Sie schon gesehen. Das ist die Anhaltestrecke in Abhängigkeit von der Geschwindigkeit. Sie sehen da, wenn ein Kind oder ein Behinderter oder eine ältere Person in 15 Metern Distanz vor einem Auto durchläuft, dann bestehen gute Chancen, dass jemand, der mit Tempo 30 daherkommt, rechtzeitig anhalten kann. Hingegen wird man bei Tempo 50 mit voller Geschwindigkeit erfasst. Was das bedeutet, haben Sie auch schon gesehen, auch diese Grafik hat Thomas Pfaff schon gezeigt. Bei Tempo 50 sind Sie in 7 von 10 Fällen tot. Bei Tempo 30 haben Sie eine sehr gute Chance, dass Sie es überleben. In einem von 10 Fällen hat das den Tod eines Fussgängers zur Folge. Dann haben wir noch eine Studie gefunden, die die Anzahl Unfälle vor und nach Einführung von Tempo 30 untersuchte. Es wird ja immer wieder gesagt, die Tempo 30-Zonen brächten gar nicht so viel, im Gegenteil, die Unfallgefahr nehme sogar zu. Man hat da in 30 Gebieten, in denen Tempo 30 eingeführt wurde, vorher und nachher Untersuchungen gemacht, hat die Unfallzahlen erhoben, und hat festgestellt, dass in städtischen Gebieten die Unfallgewichtsziffer um 16.6 % zurückging, in ländlichen Gebieten sogar um 36 %. Vielleicht noch etwas zur Unfallgewichtsziffer: Es macht einen Unterschied, ob es bei einem Unfall nur einen Sachschaden gibt, ob es einen Personenschaden gibt, ob es Schwerverletzte oder Tote gibt. Das hat man hier eingerechnet, indem man Sachschäden weniger stark gewichtet hat. Es gab da einen Faktor, der dann eben zu dieser Unfallgewichtsziffer führte. Das Resultat dieser Studie war eben, dass Tempo 30 die Verkehrssicherheit ganz klar verbessert. In den 90er Jahren hat man auch in Arlesheim, Birsfelden und Reinach solche Studien durchgeführt. Man hat also auch überprüft, wo Tempo 30-Zonen eingeführt worden waren. Auch dort stellte man fest, dass die Unfälle um 39 % abnahmen nach Einführung von Tempo 30. Es ist also ganz klar, dass Tempo 30 die Verkehrssicherheit erhöht. Aus unserer Sicht ist es nicht einzusehen, weshalb man die Bevölkerung von Allschwil weniger gut schützen sollte als die Bevölkerung von Arlesheim, Birsfelden oder Reinach.

Dann noch zu den rechtlichen Vorgaben, was es überhaupt braucht, wenn man eine Tempo 30-Zone einführt. Da hört man auch verschiedenste Gerüchte, dass das einen ganzen Rattenschwanz von Massnahmen nach sich ziehe. Tatsache ist – das steht in der Signalisationsverordnung und in der Verordnung über Tempo 30- und Begegnungszonen, das sind eidgenössische Gesetze – dass man, bevor man eine Tempo 30-Zone einführt, ein Gutachten erheben muss. Das ist meines Wissens in Allschwil schon erfolgt. Man muss also abklären, wo eine Tempo 30-Zone überhaupt Sinn macht. Wenn man sie dann einführt, muss man auffällige Tore gestalten, damit für den Autofahrer klar ist: Jetzt bin ich in einer Tempo 30-Zone. Es gilt auch allgemein Rechtsvortritt. Weiter sind Fussgängerstreifen eigentlich nicht zugelassen. Ausnahmen sind toleriert bei Schulen, um dort die Sicherheit noch zusätzlich zu erhöhen. Ebenfalls noch vorgeschrieben ist, dass man nach einem Jahr eine Kontrolle durchführt. Aber das sollte ja eigentlich selbstverständlich sein. Das macht man ja in verschiedensten Bereichen, wenn man eine Massnahme umsetzt, dass man eine Erfolgskontrolle macht. Wenn man nach einem Jahr feststellen würde, dass ein grosser Teil der Autofahrer sich nicht an Tempo 30 hält, dann müsste man noch zusätzliche Massnahmen ergreifen. Dann gibt es noch eine Reihe von empfohlenen Massnahmen. Das sind eben diese Schwellen, Aufpflasterungen, versetztes Parkieren, Verengungen, Markierungen. Da gibt es ein breites Spektrum. Es ist allerdings der Gemeinde selber überlassen, welche von diesen Massnahmen sie umsetzen will und welche nicht. Wir haben auch beim Kanton nachgefragt. Von Kantonsseite gibt es keine Verschärfung dieser Vorschriften. Es gibt keine Richtlinien. Also was Sie hier sehen, sind die Anforderungen an eine Tempo 30-Zone.

Dann noch zum Thema Eigenverantwortung und persönliche Freiheiten. Ich gehe davon aus, dass Sie alle hier drin verantwortungsbewusste Autofahrerinnen und Autofahrer sind. Wenn alle so Auto fahren würden wie Sie – Geschwindigkeit drosseln in Schulgebieten und so – dann müssten wir sicher keine Tempo 30-Zone einführen. Aber es gibt einfach einen gewissen Prozentsatz von Leuten, die sich nicht

---

verantwortungsvoll verhalten im Verkehr, das ist eine Tatsache, davon zeugen die verschiedenen Raserunfälle, von denen wir gerade in den letzten Monaten mehrere in unserer Region hatten. Ich erinnere an die beiden Unfälle in Basel, wo es Tote gab. Oder an den schweren Unfall in Schönenwerth/SO; dort kam eine unbeteiligte Frau ums Leben, weil Jugendliche fanden, sie müssten ein privates Autorennen veranstalten. Und darum geht es eigentlich mit Tempo 30-Massnahmen: nicht um das Büssen, sondern um vorbeugende Massnahmen, damit solche Situationen erst gar nicht entstehen. Es sollen mit solchen Massnahmen also die schwächsten Verkehrsteilnehmer geschützt werden.

Jetzt zu den Anträgen, die wir zum Bericht des Gemeinderates gestellt haben. Wir beantragen Ihnen, dass Sie die Volksinitiative im Einwohnerrat gutheissen, was uns eine langwierige Volksabstimmung und diverse Referenden erspart. Dann beantragen wir, dass dem Gemeinderat empfohlen wird, Tempo 30 gem. Variante 1 umzusetzen. Und wir empfehlen dem Gemeinderat noch abzuklären, ob es für Tempo 30-Zonen Bundessubventionen gibt, damit wir die Kosten minimieren könnten.

Soweit die Erläuterungen zu unseren Anträgen.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Ich habe schon zweimal gesprochen, aber das war ja zum Geschäft. Und das ist jetzt zu dem so genannten Antrag von Nedim Ulusoy. Herr Präsident, ich bin erstaunt, dass trotz erschöpfter Rednerliste Nedim Ulusoy jetzt so lange über Dinge reden konnte, von denen wir weitgehend Kenntnis haben, die auch im Bericht des Gemeinderates detailliert aufgeführt sind. Sie hätten ihn bitten sollen, zuerst einmal die Anträge zu stellen, und dann die Anträge zu erläutern. Ich bitte Sie, das künftig so zu handhaben. – Lieber Nedim, du möchtest Geld sparen. Du hattest mit mir ein langes Telefonat. Ich hoffe, du hast auch so einen günstigen Telefonanbieter wie ich – Swisscom, 50 Rappen für eine Stunde Sprechen. Ich habe dir lang und breit erklärt, wie das jetzt ablaufen wird. Und ich habe dir auch ganz klar gesagt, egal, was du beantragen wirst – oder ihr, oder wer auch immer – wir wissen, was wir tun. Wir werden gnadenlos Tempo 30 bekämpfen, egal wie. Es wird dieses Geld kosten, das du aufgezählt hast. Aber in erster Linie, das habe ich dir auch gesagt, sind die Initianten schuld daran, dass es jetzt so teuer werden kann; dass es eine Volksabstimmung schon jetzt braucht und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt. Wenn sie nämlich diese Initiative formuliert eingereicht hätten, so könnten wir die zweite Abstimmung sparen, wie sie sein soll. Und deshalb hätte man das von Anfang an schlauer machen sollen. Man hätte jetzt zuerst warten sollen, bis diese zwei Jahre vorüber sind, und dann hätte man das nochmals anschauen können. Dann – du sagtest: Zwängelei bringt teilweise etwas. Es bringt einen Erfolg. Okay, das ist ein Auftrag an die SVP. Wir kamen regelmässig mit dem Antrag „Partnerschaftsaufkündigung Blaj und Pfullendorf“. Wir haben das nicht weiterverfolgt, weil wir gebeten wurden, *nit z'däubele*. Aber wenn ihr findet, das sei doch ein guter Weg, dann müssen wir uns bei der nächsten Budgetdebatte wieder überlegen, ob wir nicht deiner Empfehlung folgen sollten. Ich bitte nochmals an dieser Stelle, gar nicht auf die Sachen einzugehen, die Nedim gestellt hat. Denn zum grossen Teil sind es ja die Anträge der VPK, und wir sollten eigentlich auf dem Boden des Vorhandenen bleiben und nicht zusätzlich das Gleiche nochmals fordern. – Lehnt doch jetzt die Initiative ab. Dann legen wir sie dem Volk vor. Wenn ihr aber zustimmt, dann müssen wir über das Behördenreferendum diskutieren. Und ich möchte es nochmals sagen: Auch wenn das Behördenreferendum nicht zustande kommt, dann gehen wir eben hinaus, um Unterschriften zu sammeln. Es wird ja bald wieder etwas wärmer, das ist nicht so tragisch. Und dann haben wir die 500 Unterschriften im Nu. Zu einer Abstimmung vor dem Volk kommt es so oder so. Wollen wir doch jetzt nicht *däubele*, machen wir doch eine saubere Sache.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Die Rednerliste ist erschöpft, aber ich möchte etwas zum Abstimmungsprozedere sagen. Es gibt Abstimmungen, die sind eigentlich schon in den Fraktionen am Montag eine Woche vorher gelaufen. Dann gibt es aber auch Abstimmungen wie diese jetzt, wo jede Person vielleicht noch ein paar Sekunden in sich hinein denken und überlegen sollte, was stimme ich nun effektiv – so, dass er dann auch das macht, wozu er stehen kann, und nicht das, was vorbereitet worden ist. Wir haben sehr viel gehört, wir hatten sehr viel Hin und Her. Einige Leute sind klar, sie sagen: Wir wollen – oder wir wollen nicht. Aber es gibt welche, die auf der Kippe stehen. Wohin sie auch kippen – das ist Demokratie. Aber hört in euch hinein, wenn ihr jetzt an die Abstimmung geht. Wir von der SP/EVP-Fraktion und auch von den Grünen verlangen auch eine namentliche Abstimmung. Wir müssen dann einfach noch abmachen, was namentlich sein soll und was nicht; denn wir haben etwa 10 Abstimmungen am Schluss. Es geht hier um die Hauptabstimmung.

**Gemeinderat Thomas Pfaff**, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ich möchte nur noch ein paar Dinge präzisieren, die gefallen sind. Herr Ulusoy sagte richtig, das Gutachten liegt vor. Man

könnte das bisherige Gutachten verwenden im Zusammenhang mit der ersten Vorlage. Also das hat man schon erstellt, man hat es einmal zur Vorprüfung eingereicht. Wir haben uns orientiert, ob es mit dieser Abänderung – Schwellen statt Aufpflasterungen – immer noch in Ordnung ist. Es hiess dann, das sei nur eine optische Sache, die in unserer Kompetenz liege, die Wirkung sei die gleiche. Von daher ist das Gutachten noch so gültig. Aber das unterliegt natürlich auch einem zeitlichen Verfall. Also kann es jetzt noch benutzen. Das gleiche Gutachten wäre ein paar Jahre später nicht mehr brauchbar, man müsste es wieder neu erstellen. Das einfach zur Ergänzung: Das Gutachten ist vorhanden, man könnte es jetzt noch brauchen.

Herr Studer fragte, wieso das nicht als formulierte Initiative eingereicht worden sei. Es tut eigentlich nichts zur Sache, aber einfach damit es bekannt ist: Eine formulierte Initiative ist nur möglich, wenn man einen Gesetzes-, Verordnungs- oder Reglementstext abändert und sagt: Der und der Paragraph soll neu so und so heissen. Bei dem Anliegen hier wird kein Gesetz, keine Verordnung und kein Reglement geändert, sondern letztendlich werden da Gelder gesprochen. Aus diesem Grund konnte das nur unformuliert eingereicht werden. Und zu guter Letzt: Die VPK empfiehlt Ihnen als Antrag 4, dass – falls Sie, oder falls das Volk, entgegen der Empfehlung des Gemeinderates, der Initiative zustimmen würden – der Gemeinderat beauftragt ist, die Variante 1 auszuarbeiten. Das wäre natürlich in diesem Fall – falls der Einwohnerrat oder das Volk ja sagen würde – schon im Sinne des Gemeinderates, dass man dann die günstigere Variante wählt und nicht wieder auf die alte Vorlage aus dem Jahr 2007 zurückkommt. Insofern wäre es dienlich, wenn man gemäss dem Antrag Nr. 4 der VPK dies heute schon präzisieren würde. Dann hätte nämlich der Gemeinderat jetzt schon einen klaren Auftrag. Aber – ich wiederhole es gerne nochmals – der Gemeinderat empfiehlt die Initiative zur Ablehnung.

**Felix Keller**, Präsident: Damit ist die Rednerliste endgültig erschöpft. Wir kommen jetzt also zur Abstimmung. Ich stelle Ihnen schnell das Prozedere vor. Es gibt zwei Anträge des Gemeinderates, die Ihnen aus dem Bericht bekannt sind.

1. Der nicht formulierten Volksinitiative „Für die Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil“ wird keine Folge geleistet.

2. Die nicht formulierte Volksinitiative „Für die Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil“ wird mit der Empfehlung auf Ablehnung des Begehrens der Urnenabstimmung unterstellt.

Dann gibt es noch 4 Anträge der VPK:

5.1 Die VPK empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Antrag 1 des Gemeinderates zuzustimmen.

5.2 Die VPK empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Antrag 2 des Gemeinderates zuzustimmen.

5.3 Die VPK empfiehlt dem Einwohnerrat, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten.

5.4 Die VPK empfiehlt dem Gemeinderat, im Falle einer Annahme der Initiative die kostenoptimierte Variante 1 vorzuschlagen.

Dann gibt es noch die 3 Anträge der Grünen Fraktion:

1. Der Einwohnerrat wird ersucht, die Volksinitiative „Für die Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil“ gutzuheissen und so eine kostspielige Volksabstimmung zu vermeiden.

2. Der Gemeinderat wird ersucht, die flächendeckende kostenoptimierte Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil gem. Variante 1 im Bericht zum Geschäft 3797A zu überprüfen.

Das entspricht eigentlich dem Antrag der VPK Nr. 4, ist das richtig, Herr Ulusoy?

3. Der Gemeinderat wird ersucht abzuklären, ob der Bund einen finanziellen Beitrag zur Realisierung von Tempo 30-Zonen in Allschwil leisten würde.

Dann haben wir noch ein *Zückerli* von der SVP als Antrag:

Antrag auf ein Behördenreferendum

Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Wir stellen den Antrag 1 des Gemeinderates dem Antrag 1 der Grünen gegenüber. Also entweder wir lehnen diese Volksinitiative ab, oder man heisst sie gut, wie es die Grünen wollen. Entweder stimmen wir dem Gemeinderat zu, oder wir stimmen den Grünen zu. Das ist die erste Abstimmung.

In der zweiten Abstimmung geht es um den Antrag des Gemeinderates, wonach der Gemeinderat Ablehnung des Begehrens empfiehlt.

Die dritte Abstimmung geht um den Antrag der VPK und der Grünen, dass man Variante 1 empfiehlt, sofern Tempo 30 zur Ausführung käme.

Und am Schluss kämen wir noch zur Abstimmung über den zusätzlichen Antrag der Grünen betr. den finanziellen Beitrag des Bundes.

Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden?

Kommen wir zur ersten Abstimmung. Das ist mit Namensaufruf. Es soll jeder sagen, ob der für den Antrag des Gemeinderates ist – Ablehnung der Initiative – oder für den Antrag der Grünen – Gutheissung der Initiative. [Zuruf aus dem Plenum] – Also, wir machen es so: Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab, und damit ist dann der Antrag der Grünen hinfällig. Also wir stimmen ab, ob die Initiative gutgeheissen wird, ja oder nein, gemäss Antrag des Gemeinderates. [Zuruf aus dem Plenum] Ich wiederholte, der Antrag des Gemeinderates lautet:

1. Der nicht formulierten Volksinitiative „Für die Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil“ wird keine Folge geleistet.

Darüber stimmen wir jetzt ab, ja oder nein. Einverstanden?

<b>Einwohnerrat – Abstimmung unter Namensaufruf, Geschäft Nr. 3797, Tempo 30, Antrag des Gemeinderates Ziff. 1</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enth</b>
Adam Philippe	1		
Adam Rolf	2		
Amrein Susanne			1
Bammatter Andreas		1	
Benz Christoph		2	
Bieri Armin		3	
Bitterli Andreas		4	
Brügger Lukas	3		
Gass Jürg		5	
Gnos Benedikt		6	
Gosteli Julia		7	
Gürtler Kathrin		8	
Huschke Gabriela		9	
Imber Siro	4		
Imhof René	5		
Keller Felix	6		
Kneier Kurt	7		
Mamie Michel	8		
Maurer Simone		10	
Mollat Jérôme		11	
Oppliger Mathilde	9		
Pausa Franziska		12	
Pozivil Ursula		13	
Richner Robert		14	
Roos Cedric	10		
Sakar Semra		15	
Schwarz Werner	11		
Selinger Barbara		16	
Studer Josua	12		
Studer Susanne	13		
Tschui Hans-Peter	14		

Ulusoy Nedim		17	
Urscheler Rita		18	
Vögelin Giulio	--	--	--
Vogt Jürg	--	--	--
Von Arx Peter	15		
Wartenweiler Joël	16		
Winter Jean-Jacques		19	
Wolf Stephan	17		
Zimmermann Simon	18		
<b>Summe</b>	<b>18</b>	<b>19</b>	<b>1</b>

Felix Keller, Präsident: Das Ergebnis ist 18 Ja, 19 Nein und 1 Enthaltung. Sie haben also den Antrag des Gemeinderates nicht angenommen. – Herr Ulusoy, ziehen Sie Ihren Antrag Ziff. 1 zurück? Wir müssen nicht darüber abstimmen, oder?

[Der Antrag Ziff. 1 der Fraktion Grüne wird zurückgezogen]

**Siro Imber**, FDP/GLP-Fraktion: Es kam da bei der Stimmabgabe zu einem Fehler bei einer Person aus unserer Fraktion. Es ist leider so. Das muss man respektieren. Deshalb bitte ich, die Abstimmung schnell zu wiederholen.

**Jürg Gass**, SP-Fraktion: Also ich glaub's ja nicht. Ich glaube, ich habe letztes Mal beim Abstimmen auch einen falschen Brief eingeworfen. Kann ich den nächstes Mal auch zurückziehen? Also jemand, der jetzt falsch abgestimmt hat, der hat in Gottes Namen nicht zugehört. Tut mir leid, der war nicht bei der Sache. Wenn wir jetzt so anfangen, dann habe ich nachher auch falsch abgestimmt und komme nochmals damit, ich hätte falsch abgestimmt. Wenn wir das jetzt durchziehen... Tut mir leid, ich bin wirklich dagegen, dass wir die Abstimmung nochmals durchführen.

**Felix Keller**, Präsident: Wir fahren weiter mit dem Antrag 2 des Gemeinderates:

2. Die nicht formulierte Volksinitiative „Für die Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil“ wird mit der Empfehlung auf Ablehnung des Begehrens der Urnenabstimmung unterstellt.

Wir müssen darüber abstimmen, denn es kann ja noch ein Behördenreferendum geben. – Also, ich wiederhole, wir stimmen jetzt ab: Sofern es eine Urnenabstimmung gibt – wir haben ja noch nicht über das Behördenreferendum abgestimmt, also mit einem 1/3-Mehr kann es ein Behördenreferendum geben, dann kommt es trotzdem zur Volksabstimmung – also sofern es eine Volksabstimmung gibt, so stimmen wir jetzt darüber ab, ob der Gemeinderat dann die Empfehlung auf Ablehnung des Begehrens abgeben soll.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, ich mache Ihnen beliebt, dass wir zuerst über das Behördenreferendum abstimmen. Denn wenn wir diesen Entscheid haben, dann können wir entweder diese Abstimmung hier weiterführen gemäss dem, was Sie jetzt gerade fragen wollten, oder wir können das dann gerade bleiben lassen. So wie es sich angehört hat, ist ja ein Fehler bei der FDP passiert, also könnte es jetzt dann klappen. Dann gibt es ein Behördenreferendum, und dann können wir auch darüber abstimmen, ob wir diese Empfehlung machen wollen oder nicht.

**Felix Keller**, Präsident: Also stimmen wir zuerst über das Behördenreferendum ab, das ist ein guter Vorschlag. Danke, Herr Josua Studer. Wer das Behördenreferendum ergreifen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Das Behördenreferendum kommt mit 20 Ja, bei 17 Nein und 1 Enthaltung, zustande.

---

**Felix Keller**, Präsident: Wir kommen jetzt zu Antrag 2 des Gemeinderates:

2. Die nicht formulierte Volksinitiative „Für die Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil“ wird mit der Empfehlung auf Ablehnung des Begehrens der Urnenabstimmung unterstellt.

**://**:

Der Antrag wird mit 19 Ja, bei 18 Nein und 1 Enthaltung, angenommen.

**Felix Keller**, Präsident: Wir kommen jetzt zum Antrag 5.5 der VPK:

5.3 Die VPK empfiehlt dem Einwohnerrat, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten.

**://**:

Dem Antrag wird mit 23 Ja, bei 8 Nein und 7 Enthaltungen, zugestimmt.

**Felix Keller**, Präsident: Wir kommen zum letzten Antrag der VPK:

5.4 Die VPK empfiehlt dem Gemeinderat, im Falle einer Annahme der Initiative die kostenoptimierte Variante 1 vorzuschlagen.

Das entspricht dem Antrag Nr. 2 der Grünen:

2. Der Gemeinderat wird ersucht, die flächendeckende kostenoptimierte Einführung von Tempo 30-Zonen in Allschwil gem. Variante 1 im Bericht zum Geschäft 3797A zu überprüfen.

**://**:

Dem Antrag der VPK wird mit 28 Ja, bei 9 Nein und 1 Enthaltung, zugestimmt.

**Felix Keller**, Präsident: Wir kommen noch zu Antrag Nr. 3 der Grünen:

3. Der Gemeinderat wird ersucht abzuklären, ob der Bund einen finanziellen Beitrag zur Realisierung von Tempo 30-Zonen in Allschwil leisten würde.

**://**:

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

**Felix Keller**, Präsident: Wir kommen noch zur Schlussabstimmung. Wer das Geschäft abschliessen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

**://**:

Grossmehrheitlich ja.

PAUSE

**Felix Keller**, Präsident: Wir fahren weiter. Herr Gemeindepräsident Anton Lauber möchte eine Erklärung abgeben.

**Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber:** Als Verantwortungsträger in der Gemeinde Allschwil halte ich es für meine Pflicht, heute Abend auf ein gewisses Paradoxon hinzuweisen, von dem ich denke, dass wir es in irgendeiner Form werden lösen müssen. Und wenn ich mir vorstelle, dass bei der Vorlage ans Volk am Ende meine Unterschrift druntersteht, dann werden Sie jetzt sicher verstehen, dass es mir in meiner Haut am heutigen Abend nicht mehr ganz so wohl ist wie noch am Anfang dieser Sitzung. Dies weniger wegen Tempo 30 als solchem, sondern schlussendlich wegen der Formalitäten. Ich möchte Sie einfach mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen – es ist nicht meine Sache, Anträge zu stellen: Wir haben jetzt zwei Beschlüsse. Der erste Beschluss des Einwohnerrats geht dahin, dass in Allschwil Tempo 30-Zonen eingeführt werden sollen. Also grundsätzlich ein positiver Beschluss. Wie wir nach einigen Turbulenzen festgestellt haben, beruht dieser Beschluss offenbar auf einer Abstimmungspanne. Da kann man selber schuld sein. Jeder weiss, wie man abstimmen sollte, und wie man sich konzentriert. Das Resultat ist dann aber ein schwieriges, da zwischen der ersten und der zweiten Abstimmung ein böses Erwachen stattfand, mit dem Resultat, dass der Antrag 2 des Gemeinderates vom Einwohnerrat so verabschiedet wurde, wie er da steht, nämlich „mit der Empfehlung auf Ablehnung“. Thomas Pfaff hatte es ganz klar gesagt: Ziel des Gemeinderates war es grundsätzlich immer, dass es zu einer Volksabstimmung kommt. Darum auch der Antrag 2 im Arbeitspapier des Gemeinderates in der Vorlage. Basis dieses Antrages ist § 123 des Gemeindegesetzes, der da lautet: „Formulierte und nicht formulierte Begehren“ – ein nicht formuliertes haben wir, es ist also namentlich genannt – „unterliegen der Urnenabstimmung nicht, wenn ihnen der Einwohnerrat Folge gibt.“ Oder, mit anderen Worten, das haben wir heute schon gehört: Wenn der Einwohnerrat dem Begehren nicht Folge gibt, dann gibt es eine Abstimmung. Nun hat er aber dem Begehren Folge geleistet, und das steht dann auch da: Dann gäbe es eigentlich keine Volksabstimmung. Vorausgesetzt: „Vorbehalten bleiben das obligatorische und das fakultative Referendum“. Das fakultative Referendum ist das so genannte Behördenreferendum, das heute beschlossen wurde. Man kann fakultativ Unterschriften sammeln, oder man kann schon im Parlament fakultativ sagen: Wir unterstellen den Beschluss des Einwohnerrates dem fakultativen Referendum, sprich der Volksabstimmung. Jetzt führt das in der Tat dazu, dass – wenn man streng nach dem Wortlaut der heutigen Ergebnisse formulieren würde – man in der Vorlage fürs Volk „pro Tempo 30“, sprich für den heutigen Beschluss nach Ziff. 1, argumentieren müsste, dass man aber letztendlich dann dem Volk einen Antrag auf Ablehnung unterbreiten müsste.

Ich muss zugeben – ich möchte jetzt nicht all zu zynisch werden – ich bin froh, dass zum Zeitpunkt der Abstimmung die Fasnacht vorbei ist. Aber es kommt die nächste. Ich halte es einfach schon im jetzigen Zeitpunkt für mich für ganz wichtig, dass ich das hier klar festgehalten habe. Falls meine Unterschrift unter diesen Abstimmungsbogen kommt, dann wird dort ganz deutlich stehen, dass das Ganze ein Resultat eines Fehlers ist, der da im Abstimmungsprozedere passiert ist. Ich sage es nochmals – bitte zuhören – nicht resultatorientiert, sondern sachorientiert: Der erste Antrag hiess, dass man für die Einführung von Tempo 30-Zonen ist. Das ist so beschlossen. Man müsste jetzt keine Volksabstimmung machen – aber der Beschluss beim zweiten Antrag war: Wir machen eine Volksabstimmung. Und gleichzeitig kam in diesem zweiten Beschluss der Antrag auf Ablehnung zum Ausdruck. Der Fall ist klar. Und da möchte ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Hier steht ein Paradoxon im Raum. Und ich möchte Sie einfach bitten, dies formaliter zur Kenntnis zu nehmen

**Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion:** Ich möchte jetzt zuerst einmal, bevor wir wild durcheinander diskutieren, fragen, wie wir vorgehen. Also ich bitte das Präsidium oder das Büro, abzumachen, wie die Diskussion jetzt läuft. Denn es gibt jetzt natürlich – ja, ich fange halt jetzt schon an – die Möglichkeit zu sagen, der Einwohnerrat hat formell, wie es Gemeindepräsident Anton Lauber sagte, diesen Antrag angenommen. Der Gemeinderat war ja immer dagegen, und das hat der Einwohnerrat – ich sage das jetzt pointiert – zur Kenntnis genommen. Jetzt kommen natürlich die Juristen, die sagen: Er hat es nicht zur Kenntnis genommen, er hat unterstützt, was der Gemeinderat getan hat, und hat das in der dritten Abstimmung dann wieder entsprechend gewendet. Ich möchte einfach sagen: Als wir mit der Abstimmung anfangen, sagte ich: Horcht in euch hinein und wählt das, was ihr für gut haltet. Das habt ihr auch gemacht, die meisten. Die einen waren klar dafür, die anderen klar dagegen, und es gab dann eben ein paar, die ihre Meinung entsprechend änderten. Das ist aber nicht der Fehler der ersten Abstimmung. Es ist nachher ein Folgefehler passiert. Grundsätzlich halten wir daran fest – Jürg Gass sagte es – die Abstimmung ist gelaufen. Wir hatten das auch national schon einmal, dass man dann nachher bei Auswertungen herausfand, dass Leute falsch gestimmt hatten, weil sie den Text nicht richtig gelesen hatten. Entschuldigung, wir sind 18 gewesen, wir sind mündig und vom Volk gewählt. Wir von unserer Seite sagen: Das ist eindeutig, auch wenn es nur eine Stimme ist. Demokratie ist Demokratie.

---

**Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber:** Andreas Bammatter, wir müssen da nicht gross ausholen. Ich gebe dir recht, wenn du nur zu Ziff. 1 der heutigen Beschlüsse des Einwohnerrates redest. Wenn du den Beschluss des Einwohnerrates zu Ziff. 2 nimmst, ist es etwas anderes. Das ist so. Wo am Schluss der Irrtum war, ist relativ. Ich sage nur dem Einwohnerrat: Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, das heute noch zu korrigieren. Ich denke nicht, dass es eine sinnvolle Variante ist, auf die eine oder andere Art, so ans Volk hinzutreten. Also ich denke, es wäre für uns sympathisch, wenn wir zumindest von einem Vorstoss befreit würden.

**Felix Keller, Präsident:** Es gibt eine ganz einfach Möglichkeit, das Kuriosum aus dem Weg zu schaffen, indem man einen Rückkommensantrag macht und die erste Abstimmung nochmals wiederholt. Entweder wird das Ergebnis nochmals bestätigt, oder das Kuriosum ist aus dem Weg geräumt. Dazu braucht es einen Rückkommensantrag, und der muss mit 2/3-Mehrheit angenommen werden.

**Josua Studer, SVP-Fraktion:** Fangen wir gerade schnell hinten an. Lieber Felix Keller, ich bin da nicht ganz einverstanden. Wir müssen zuerst ein Rückkommen machen auf die Schlussabstimmung des Geschäfts. Erst wenn wir dem zustimmen, können wir dann nochmals über Punkt 1 abstimmen. Handkehrum möchte ich so sagen: Wir müssen nicht sagen, der Einwohnerrat habe einen Fehler gemacht. Wir müssen ganz klar das Kind beim Namen nennen. Die FDP, oder ein Mitglied der FDP hat einen Fehler gemacht. Und nachher, der zweite Fehler, der danach passiert ist: Der Fraktionspräsident der FDP hat nicht geschnallt, wie er hätte vorgehen müssen. Er hätte sofort einen Rückkommensantrag stellen müssen auf die Abstimmung, und nicht einfach sagen: Können wir nochmals abstimmen. Denn es ist nicht vorgesehen, dass Fragen beantwortet werden, wenn keine Fragestunde ist. Man hätte einen Antrag stellen müssen, und dann hätten wir sofort nochmals abstimmen können, wenn dem Antrag zugestimmt worden wäre. Somit ist das ja gar kein Problem. Es ist nämlich so, wenn wir jetzt nochmals anfangen, dann müssen wir das ganze Prozedere nochmals machen. Dann müssten wir nämlich das Behördenreferendum schlussendlich auch nochmals diskutieren – oder eben nicht.

**Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion:** Ich möchte nicht tief in die Geschichte hineingehen, Aber es ist eben in Allschwil schon einmal vorgekommen. Wir haben das Volk doch auch an der Nase herumgewickelt. Darum haben wir neben der Post Allschwil 1 ein Haus, das noch steht, obwohl das Volk gesagt hat, wir wollen dort ein Gemeindezentrum 2000 machen. Und in der gleichen Abstimmung hat das Volk auch gesagt, wir wollen die Villa Guggenheim stehen lassen, und die steht halt jetzt auch noch. Das war die genau gleiche Sache. Ich möchte heute Abend nicht den Schwarzen Peter herumschieben. Sonst könnte ich sagen: Warum hat der Gemeinderat zwei Anträge gestellt, die sich widersprechen? Entschuldigung. Aber wenn die Möglichkeit besteht, dass wir in eine Pattsituation geraten, weil Nr. 1 und Nr. 2 sich ausschliessen, wenn man das eine annimmt und das andere ablehnt, dann haben wir das Gleiche, wie wir es bei der Villa Guggenheim hatten. Wir hatten gesagt, grossmehrheitlich wollte das Volk, dass dort etwas hinkommt, aber gleichzeitig sagte es, dass die Villa Guggenheim nicht abgerissen werden darf. Beides hat sich widersprochen. Und hier haben wir natürlich jetzt auch wieder eine Situation, die sich widerspricht, wenn der Einwohnerrat einmal so und einmal so sagt. Wir können auch einen Rückkommensantrag machen auf die Abstimmung Nr. 2 anstatt 1. Wir können jetzt hunderttausend Sachen machen. Darum habe ich angeregt, das Büro soll sich einmal zurückziehen und überlegen, was für einen Ablauf sie wollen, sonst schieben wir uns noch lang gegenseitig den Schwarzen Peter zu.

**Jürg Gass, SP-Fraktion:** Mich stört eigentlich nur der eine Punkt, das ist bei Ziff. 2, wo drinsteht „mit der Empfehlung auf Ablehnung des Begehrens“. Wenn man das herausstreichen würde – nun gut, das gibt sicher auch wieder... Ja, ich kann doch nicht einem Absurdum zustimmen. Wir haben ja eigentlich richtig gestimmt hier drüben, das muss ich ganz ehrlich sagen. Wir haben zweimal nein gestimmt, dann wäre das nämlich nicht passiert. Die, die nicht richtig gelesen haben, haben dem Paradoxon zugestimmt. Die sagten zuerst: Ja, wir geben das weiter, sagen aber beim zweiten Mal: Macht doch grad ein Nein daraus. Das ist ja ein Stumpfsinn in sich. Da müsste man einfach diesen Satz ändern, d.h. schon nicht „einfach“, der Text ist ja jetzt da. Aber es hätte so heissen müssen, das ist das Paradoxon. Ihr habt einfach beim Abstimmen zweimal nicht richtig zugehört, die da mit „ja“ gestimmt haben – oder einer, oder jedenfalls ein paar zu viel. Wenn das eine angenommen ist, könnt ihr das andere nicht ohne Weiteres machen. Also da muss sicher etwas gehen. Aber sicher nicht, dass man die erste Abstimmung abändert. Das wäre der grösste Fehler, denn dort wusste jeder, was er stimmt.

**Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber:** Wir kommen wahrscheinlich bei diesem Thema nicht weiter, weil jeder natürlich seinen Standpunkt vertritt. Mir ging es einfach darum, darauf hinzuweisen, dass dem so ist. Das Problem liegt natürlich auch darin, dass die Abstimmungsverhältnisse derart knapp sind und man darum im Grunde genommen weiss, welches die Resultate am Schluss sind. Ich sehe zurzeit auch keinen Ausweg aus dem Dilemma, ausser es gäbe das berühmte Rückkommen. Ich möchte nur sagen, mir geht es überhaupt nicht darum, irgendjemandem Schuld zuzuschreiben oder so etwas. Ich lege aber Wert darauf, Andreas Bammatter, dass die Ziffern 1 und 2 wortwörtlich mit dem Gesetzestext übereinstimmen und absolut korrekt sind. Das Faktum bleibt aber auf dem Tisch, dass man da eine Lösung finden muss. Wenn sie nicht im Einwohnerrat gefunden wird, weiss ich nicht, ob der Gemeinderat die Kompetenz oder Möglichkeiten hat, das in irgendeiner Form noch ins richtige Licht zu stellen. Aber letztendlich halten wir uns sklavisch an die Beschlüsse.

**Felix Keller, Präsident:** Das Büro des Einwohnerrates hat beschlossen, ein kurzes Time-out zu machen. Wir sehen uns nochmals in 10 Minuten.

----

**Felix Keller, Präsident:** Ich möchte gern weiterfahren. Der Knoten ist noch nicht gelöst. Aber es gibt jetzt einen Antrag von Seiten der CVP, einen Rückkommensantrag:

- |  |
|--|
| <ol style="list-style-type: none"><li>1. Die Schlussabstimmung von Geschäft Nr. 3797 wird aufgehoben.</li><li>2. Die Abstimmung über Antrag 1 des Gemeinderates wird wiederholt.</li></ol> |
|--|

Wer diesem Rückkommensantrag zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen. Das 2/3-Mehr ist 26.

://:

Dem Rückkommensantrag wird mit 21 Ja bei 17 Nein nicht stattgegeben.

**Felix Keller, Präsident:** Wir sind also nicht weiter. Wir fahren weiter mit dem Info-Fenster.

#### **INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS:**

**Gemeinderat Christoph Morat, Vorsteher Departement Hochbau – Raumplanung:** Ich habe eine kleine Information im Info-Fenster, die vielleicht den Dampf herausnimmt, und zwar über das Feuerwehrmagazin. Ich konnte Ihnen in der letzten Einwohnerratssitzung berichten, dass wir eine Totalunternehmerausschreibung gemacht hatten. Die Unterlagen wurden von insgesamt 12 General- oder Totalunternehmern abgeholt. Einer gab sie wieder zurück und sagte, er sei nicht interessiert. Das war ein ganz grosser, die Allreal Generalunternehmens AG aus Zürich. Die anderen hatten die Unterlagen. Wir haben inzwischen auch eingereichte Fragen, d.h. die Sache ist von den Unternehmen sehr interessiert aufgenommen worden, und wir können zuversichtlich in die Zukunft blicken, dass wir tatsächlich eine gute und faire Angebotsliste bekommen, die wir Ihnen im Mai werden präsentieren können. Ich hoffe, jetzt ist der Dampf ein wenig draussen.

**Felix Keller, Präsident:** Wir kommen jetzt zur dringlichen Interpellation der CVP-Fraktion betr. Kaphaltestellen.

**Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau – Umwelt:** Gerne nehme ich Stellung zur Interpellation von Mathilde Oppliger. Es geht um Kaphaltestellen an der Baslerstrasse, und wie Sie alle wissen, wurden diese Kaphaltestellen im Projekt in Reinach gestrichen und ersetzt worden durch andere Haltestellen.

---

Frage 1: Hat dieser Entscheid Einfluss auf die projektierten Haltestellen bei der Baslerstrasse? – Da muss ich leider sagen, dass ich das nicht weiss. Wir wissen es in Allschwil noch nicht, weil der Kanton uns das noch nicht mitgeteilt hat.

Frage 2: Werden auch beim Projektausbau Baslerstrasse die Kaphaltestellen überprüft? – Das kann ich eindeutig mit ja beantworten. Der Kanton lässt das im Moment durch Fachleute überprüfen und wird uns dann Bescheid geben. Die Ergebnisse liegen aber heute noch nicht vor.

Frage 3: Ist mit einer Bauverzögerung zu rechnen? – Auch das kann ich Ihnen noch nicht definitiv sagen. Aber mindestens gehe ich davon aus, dass der Kanton es eilig hat. Denn wenn er über Mittel vom Bund verfügen will, die über das Agglomerationsprogramm gesprochen wurden, dann müsste eine Realisierung ab 2011 drinliegen. Darum gehe ich davon aus, dass das eigentlich keine Bauverzögerung nach sich zieht. Aber sicher ist das nicht.

**Felix Keller**, Präsident: Ich frage Frau Mathilde Oppliger an, ob sie mit der Antwort einverstanden ist.

[bejaht]

**Felix Keller**, Präsident: Wir kommen zum dringlichen Postulat, „Sicherung der politischen Kommunikation im Allschwiler Wochenblatt“ der Einwohnerratsfraktionen CVP, Grüne, SP/EVP und SVP.

**Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber**: Wir sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen, auch als dringliches Postulat. Ich möchte aber sagen, wir sind schon seit Längerem an dieser Thematik mit dem Allschwiler Wochenblatt. Und ich kann Ihnen versichern, wenn wir über den Inhalt reden, so ist der Inhalt natürlich ganz wesentlich über die Finanzen definiert. D.h. je mehr Finanzen, desto mehr redaktioneller Teil, und desto mehr kann man über die Redaktion Beiträge bringen, und desto weniger ist man dann angewiesen auf externe Beiträge. Also der journalistische Mehrwert ist dann sicher höher. Das Faktum ist zurzeit, dass relativ wenige Inserate geschaltet werden, und dass natürlich die Konkurrenz durch Gratisblätter entsprechend gross ist. Die Thematik ist bekannt, und wir sind daran. Ganz klar deponieren möchte ich: Es geht darum, dass dies das offizielle Organ der Gemeinde Allschwil ist. Und damit möchte ich auch nochmals klarstellen: Das wird als solches nie auf dem Internet abgelöst werden, sondern das muss an alle Haushalte gehen können, nur damit das einmal klar ist. Wenn wir von Finanzbeträgen reden, dann muss man auch wissen, es geht um namhafte Finanzbeträge, damit ein relevantes Ziel erreicht werden kann. Aber wir nehmen das gern entgegen.

**Felix Keller**, Präsident: Sie haben gehört, der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Gibt es Gegenanträge?

**Siro Imber**, FDP/GLP-Fraktion: Die letzten zwei Wochen war meine Mailbox fast täglich voll mit diesem Allschwiler Wochenblatt. Wir haben uns dafür entschieden, das Postulat, wie es da vorliegt, nicht zu unterstützen, und ich möchte jetzt begründen, wieso. Uns wurden die unmöglichsten Sachen vorgeworfen, wieso und was. Wenn man aber den Text liest, geht es um Parteien – und weder um Kirchen, noch um Leserbriefe, noch um Vereine oder sonst etwas, und es geht um das Allschwiler Wochenblatt und nicht um etwas anderes. Und die einzige Massnahme ist, wie der Gemeinderat sagte, und wie mir heute auch ein Mitarbeiter des Allschwiler Wochenblatts sagte, dass es mehr Geld kostet. Alles andere würde nicht mit dem Antragstext übereinstimmen. Oder man würde sagen, die Gemeinde würde weniger Platz in Anspruch nehmen für die amtlichen Dinge, und dafür könnten wir mit den Parteien reingehen. Das würde mit anderen Worten aber auch heissen, dass man bis jetzt zuviel Platz gebucht und zur Verfügung hätte. Also, die einzig mögliche Antwort auf den entsprechenden Antrag kennen wir ja schlussendlich, und da sind wir nicht dafür, und darum unterstützen wir dieses Postulat auch nicht.

**Felix Keller**, Präsident: Gibt es einen Gegenantrag auf Nichtüberweisung?

[**Siro Imber**, FDP/GLP-Fraktion bejaht das.]

---

**Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber:** Klar, das Geld ist ein Thema. Aber nicht das einzige. Es gibt auch die Möglichkeit der Ersparnis und der Reorganisation und von weiteren Möglichkeiten, die wir prüfen möchten. Also ich lese diesen Antrag nicht so, dass es sich nur um eine Finanzspritze handeln würde, sondern es geht darum, die Leistungsfähigkeit des Allschwiler Wochenblatts generell als Publikationsorgan der Gemeinde Allschwil zu erhalten. So nehme ich das.

**Josua Studer, SVP-Fraktion:** Dankeschön, Siro Imber, dass du einen Gegenantrag stellst. Deshalb kann ich noch kurz etwas dazu sagen. Wir Parteien sind alle zusammengesessen und haben Lösungen erarbeitet, wie ich eingangs bei der Begründung der Dringlichkeit sagte. Wir hatten dort Zahlen vom AWB geliefert bekommen, welches die Einnahmen und die Ausgaben sind, und dass das ziemlich ausbalanciert ist. Und ich stellte dann die Frage: Rentiert überhaupt die Abo-Ausgabe? Und es hiess: Ja. Die Abo-Ausgabe rentiert, die ist selbsttragend, die zahlt sich. Wenn sie noch mehr Abonnenten hätten für die Abo-Ausgabe, dann würde sie noch viel besser rentieren. Und wenn sie mehr Einnahmen hätten durch mehr Abonnenten, dann gäbe es eine Möglichkeit, die ich dem AWB vorgeschlagen habe, dass die Reduktion auf diese 1'500 Zeichen in der Gemeindeausgabe bestehen bleiben würde, dafür bekämen wir mehr Platz in der Abo-Ausgabe, so dass dort die Leserbriefschlachten stattfinden könnten, die so sehr gewünscht werden. Und wenn nämlich mehr verkauft wird von dieser Abo-Ausgabe, dann haben sie auch mehr Geld, um uns Platz zur Verfügung zu stellen. Dann muss also primär die Gemeinde gar nicht erst Geld aufwerfen. Dazu, dass nur Parteien aufgeführt sind, ist es so: Wir können natürlich nur von uns reden, wir können nicht auch noch für die Kirchgemeinden und den Robi-Platz und alle anderen auch reden. Aber es ist ganz klar: Das Weitere, das hatten wir letztes Mal ja schon in der Debatte hier drin, die Vereine, die Bürger und wir Parteien, alle miteinander sollten mehr Platz erhalten, und das ist die Grundidee. Wir sind beim AWB auf offene Ohren gestossen, und es wäre jetzt ganz schlecht, wenn wir diesen Vorstoss nicht nutzen würden, um diese Diskussion weiterzuführen. Es ist nämlich auf einen guten Boden gefallen, und es wäre wirklich optimal, wenn wir das jetzt in einer emotionslosen, sachlichen Art machen könnten. Und ich bin schon ein wenig enttäuscht. Wir hatten jetzt alle Fraktionen zusammenbekommen, nur ihr seid wieder ausgeschert. Das ist einfach sehr schade. Das ist heute nicht die erste Panne, die ihr macht. Aber wir müssen uns allem Anschein nach daran gewöhnen.

**Felix Keller, Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung. Wer das Postulat überweisen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

**://:**

Grossmehrheitlich ja

416 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 5**  
**Bericht des Gemeinderates betreffend**  
**Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014**  
**Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3821**

---

**Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber:** Es ist eine grosse Freude für mich, Ihnen heute Abend die strategische Massnahmenplanung des Gemeinderates ein wenig näher bringen zu dürfen. Nun sehe ich aber, dass wir schon eine relativ fortgeschrittene Stunde haben, und eigentlich sollten ja vor allem die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zur Sprache kommen. Denn es interessiert mich, was Sie dazu meinen, und wo Sie persönlich die Schwerpunkte setzen würden. Darum ganz kurz. Der Gemeinderat ging in seiner neuen Zusammensetzung in ein dreitägiges Seminar und hat à fond, ausgehend vom letzten Strategiepapier die neuen Ziele und Massnahmen miteinander und gemeinsam definiert. Mit anderen Worten: So, wie das Strategiepapier vorliegt, steht der gesamte Gemeinderat – sieben Köpfe – dahinter. Es gibt daher auch einzelne Aussagen, die austariert worden sind, so z.B. die Tempoberuhigungsmassnahmen, die heute angesprochen wurden. Um was geht es? Wir haben nach der Methode der Nachhaltigkeitsbeurteilung unsere Massnahmen beschlossen und ein strenges Verwaltungscontrolling hintendran gesetzt. Wir wollen bewusst nicht ein Leitbild erstellen, in dem irgendwelche abstrakten Ziele definiert werden, sondern wir möchten konkreter werden. Wir möchten klare Entwicklungsziele und Entwicklungsschritte aufzeigen, und dann gleichzeitig mit diesen Leitideen

---

Massnahmen ansprechen, die geprüft werden können, um das Ziel zu erreichen. Die Schwerpunkte, die wir setzen, sind bereits im vorliegenden Papier soweit definiert. Es geht in der Tat grundsätzlich um die Interessen, und zwar um die Interessen eines wohnlichen Allschwil auf der einen Seite, das mit öffentlichem und privatem Verkehr optimal erschlossen ist, und wo sich auf der anderen Seite Gewerbegebiete – linksufriges Bachgrabengebiet, i-parc und Ziegelei – weiter entwickeln können, wie das zum jetzigen Zeitpunkt glücklicherweise der Fall ist. Zum Thema gehört auch das LEK. Da hatten wir gestern den Kick-off zum Mitwirkungsverfahren beim Landschaftsentwicklungskonzept. Am Herzen liegt uns der Schutz vor Immissionen, ganz breit: im Bereich Schadstoffe, Littering, Lärm und Deponien. Ein Ziel ist es auch, die Tagesschule auf Primarschulstufe umzusetzen und ein so genanntes Alterskonzept – Leben, Pflege und Betreuung im Alter – voranzutreiben. Für die Gemeinde ist klar im Vordergrund, effizient, kostenbewusst, nachhaltig und transparent zu sein, und ich denke, auf diese Zielsetzungen lassen wir uns verpflichten. Am Schluss letztendlich der ausgeglichene Finanzhaushalt. Ich denke, wir dürfen Ihnen heute ein ausgewogenes Papier vorstellen, ein Papier, von dem der Gemeinderat überzeugt ist, dass wir darin für die nächsten sechs Jahre gute Zielsetzungen formuliert haben, die auch realisiert und umgesetzt werden können. Das ganz bewusst auf sechs Jahre, nicht immer nur begrenzt auf eine Legislatur, sondern es ist echt unser Ziel, eben nachhaltig, über die Legislatur hinaus, zu denken. In diesem Sinne bitte ich Sie, von dieser Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung Kenntnis zu nehmen.

**Felix Keller**, Präsident: Die Diskussion ist offen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe in der Fraktionssitzung den Auftrag erhalten, mich ganz, ganz kurz zu halten. Im Vergleich zu den alten Plänen, die der Gemeinderat schon geschrieben hat, muss ich sagen, es ist schon einiges umgesetzt worden. Im neuen hat es ganz viele spannende neue Ideen, Gemeindepräsident Anton Lauber hat einige erwähnt. Wir sehen es als Zielsetzung an, als strategische Planung für den Gemeinderat. Für den Einwohnerrat, für uns, sehen wir es als eine Gedankenstütze an, um dem Gemeinderat ab und zu über die Schultern schauen zu können, ob er sich zu breit macht oder sich zu sehr zusammenschliesst. Das heisst für uns, wir werden nachfragen bezüglich der Ziele und ihrer Umsetzungen. Kurz gesagt, es ist ein umfassendes Papier, interessant, lesenswert, wert, zur Kenntnis genommen zu werden. Und, meine Damen und Herren, es ist es auch wert, das Papier aufzubewahren. Die Frage ist einfach, wo platziere ich sie – ein strategisches Problem von mir.

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: Das vorliegende Dokument beurteile ich persönlich als ein sehr gutes Strategiepapier. Als Vertreter der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission habe ich natürlich einen besonderen Fokus auf die finanzpolitischen Strategieziele. Und der Vergleich mit dem vorhergehenden Dokument, wo die finanzpolitischen Zielsetzungen am Schluss der Rangliste waren – ich weiss, es ist eine wahrfreie Aufzählung, aber es hat mich gefreut, dass die diesbezüglichen Inhalte in der neuen Ausgabe mittlerweile unter den „Top 5“ sind. Das ist aber nicht das Entscheidende. Sondern das Entscheidende ist vor allen Dingen, dass der Gemeinderat in dem vorliegenden Strategiepapier die diesbezüglichen Massnahmen und Entwicklungsschritte realistisch und messbar formuliert hat. Das ist das Eine. Und das Zweite – das habe ich als Vertreter der Fireko mit Genugtuung zur Kenntnis genommen – ist, dass die eine oder andere Anregung oder Empfehlung aus unserem Bericht zum Finanzplan in diesem Papier ihren Niederschlag gefunden hat. Kompliment an den Gemeinderat und an alle involvierten Instanzen in der Verwaltung!

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich schliesse mich den Vorrednern an, indem auch ich der Meinung bin, dass dieses Papier sehr lesenswert und fundiert erarbeitet ist. Was mich besonders freut, ist, dass der Gemeinderat sich auch dafür einsetzen möchte, dass Allschwil einen direkten Anschluss an die Verkehrsmittel am Bahnhof SBB anstrebt, und dass auch das linksufrige Bachgrabengebiet nicht in Vergessenheit gerät, und dass man da eine optimale Lösung für die Gemeinde Allschwil zu erzielen sucht. Mir ist es sehr wichtig, dass das, was im Strategiepapier steht, auch wirklich konsequent weiterverfolgt wird, auch wenn ich mir natürlich bewusst bin, dass der Entscheid letztendlich nicht beim Gemeinderat liegt, sondern bei Kantonsregierungen.

**Kathrin Gürtler**, FDP/GLP-Fraktion: Ich kann mich den Vorrednern anschliessen. Wir haben den Bericht in der FDP/GLP-Fraktion auch angeschaut, und uns ist dabei aufgefallen, dass es in der heute vorliegenden Fassung – im Gegensatz zu früheren – weniger Ziele hat, die sich gegenseitig beissen. Und was wir ebenfalls gut finden, ist, dass der finanzielle Aspekt ein wenig stärker gewichtet wurde. Ebenfalls

---

aufgefallen ist uns, dass das so genannte „Tafelsilber“ einmal näher angeschaut und geprüft wird, was diesbezüglich vorhanden ist.

**Julia Gosteli**, Fraktion Grüne: Wir von den Grünen haben diesen Bericht, resp. diese Massnahmenplanung mit Genugtuung gelesen. Er ist wirklich sehr lesenswert. Ich kann mich meinen Vorrednern und Vorrednerinnen anschliessen. Unser Anliegen ist wie immer der öffentliche Verkehr, und es steht im Übrigen konkret in der Einleitung, das Papier solle viel mehr sein und will bewusst konkreter sein. Wir finden es schade, dass man nur von privaten Verkehrsmitteln redet. Wir sehen nichts von einem Velokonzept, von Langsamverkehr, von Fussgängern. Wir hätten dort gerne konkretere Massnahmen gesehen.

**Felix Keller**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung des Antrags des Gemeinderates. Der ist Ihnen nachgeliefert worden. Er lautet:

Von der Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung 2009 – 2014 des Gemeinderats wird Kenntnis genommen.
--

Wer dem Antrag zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

**//:**

Nahezu einstimmig

Wir kommen noch zur Schlussabstimmung dieses Geschäfts Nr. 3821. Wer das Geschäft abschliessen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

**//:**

Gossmehrheitlich ja

ENDE DER SITZUNG
------------------